Deutscher Bundestag
9. Wahlperiode

Drucksache 9/1322

04. 02. 82

Sachgebiet 707

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Jahreswirtschaftsbericht 1982 der Bundesregierung

Inhaltsverzeichnis

Gemäß § 2 Abs. 1 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft zugeleitet mit Schreiben des Bundeskanzlers — 14 (42) — 600 01 — Ja 13/82 — vom 4. Februar 1982.
Federführend: Bundesminister für Wirtschaft.

Anlage

Jahreswirtschaftsbericht 1982 der Bundesregierung

Gemäß § 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) legt die Bundesregierung hiermit dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat den Jahreswirtschaftsbericht 1982 vor. Dieser Bericht enthält für das Jahr 1982:

A. die angestrebten wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele sowie als Anlage die Jahresprojektion 1982;

B. die geplante Wirtschafts- und Finanzpolitik;

C. die Stellungnahme zum Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Rat).

Wie in den vorhergehenden Jahreswirtschaftsberichten nimmt die Bundesregierung nicht nur im Teil C (Stellungnahme im engeren Sinne), sondern auch in anderen Teilen im Sachzusammenhang zum Jahresgutachten 1981/82 (JG) des Sachverständigenrates Stellung.

A. Für 1982 angestrebte wirtschafts- und finanzpolitische Ziele

I. Ausgangslage

1. Die Weltwirtschaft steht zu Beginn des Jahres 1982 weiterhin im Zeichen erheblicher Belastungen und struktureller Veränderungen. Vor allem das Zusammentreffen von anhaltender Wachstumsschwäche und steigender Arbeitslosigkeit mit immer noch hohen Inflationsraten kennzeichnet nach wie vor die wirtschaftliche Lage in den meisten westlichen Industrieländern. Bemühungen, die Wirtschaftsstrukturen den insbesondere durch die Ölpreisentwicklung veränderten Marktverhältnissen anzupassen, waren bisher nur begrenzt erfolgreich. Erhebliche Fehlbeträge in den öffentlichen Haushalten, hartnäckige Preissteigerungen und zum Teil immer noch hohe Leistungsbilanzdefizite engten außerdem in einer Reihe von Ländern die Handlungsmöglichkeiten der Wirtschafts- und Finanzpolitik ein. Nach der im Jahre 1980 eingetretenen rezessiven Entwicklung ist es infolgedessen bisher noch nicht zu der erhofften weltweiten Belebung der Wirtschaftsaktivität gekommen. Nachfrage und Produktion haben sich vielmehr seit Anfang 1981 insgesamt gesehen nur wenig verändert.

Anhaltende Stagnationstendenzen bestimmen die Entwicklung insbesondere in Westeuropa. Belebenden Wirkungen steigender Ausfuhren, die nicht zuletzt durch die Wechselkursentwicklung begünstigt wurden, stehen hier immer noch eher dämpfende Einflüsse von der Binnennachfrage gegenüber. In den USA traten nach einer vorübergehenden Belebung zu Jahresbeginn im späteren Verlauf des Jahres 1981 rezessive Kräfte erneut deutlicher zutage. Lediglich in Japan dauerte das Wirtschaftswachstum bis zuletzt an. Trotz einer starken Ausweitung des Exports ließ aber auch hier das Tempo gegen Jahresende spürbar nach.

Die schwache Weltkonjunktur spiegelte sich in einer ruhigen Entwicklung des Welthandels wider. Stabilisierend wirkte dabei vor allem die erheblich gestiegene Nachfrage der OPEC-Staaten, mit der diese auf die Vergrößerung ihrer Deviseneinnahmen reagierten. Die starke Zunahme der Ausfuhren in jene Länder und der rückläufige Ölverbrauch trugen wesentlich dazu bei, daß sich die im Vorjahr sprunghaft angewachsenen Leistungsbilanzdefizite der Industrieländer 1981 insgesamt wieder deutlich zurückbildeten; doch blieben die Leistungsbilanzen von einem Ausgleich zumeist noch weit entfernt. In den nichtölfördernden Entwicklungsländern hat sich dagegen die außenwirtschaftliche Situation weiter verschlechtert; für viele von ihnen führte dies zusammen mit dem international hohen Zinsniveau zu einer erheblichen Verschärfung der Finanzierungsschwierigkeiten. Gleichwohl haben diese Länder insgesamt ihre Einfuhren weiter gesteigert.

Ungelöste Anpassungsprobleme sowie der noch nicht hinreichend gebremste Auftrieb von Kosten und Preisen werden voraussichtlich zunächst auch weiterhin die weltwirtschaftliche Entwicklung prägen. Zwar sind die Voraussetzungen dafür, daß die Stagnationstendenzen im Laufe des Jahres 1982 überwunden werden können, in den vergangenen Monaten besser geworden, doch dürfte die zu erwartende Wachstumsbelebung kaum ein Ausmaß erreichen, das für eine Sicherung des Beschäftigungsniveaus oder gar für einen Abbau der hohen Arbeitslosigkeit ausreicht. Dies gilt um so mehr, als die Handlungsmöglichkeiten der Wirtschaftspolitik voraussichtlich begrenzt bleiben. So ist eine dauerhafte Senkung des Zinsniveaus nur dann zu erwarten, wenn es gelingt, die inflationären Kräfte und die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte einzudämmen. Auch eine Begrenzung der Defizite des Staates könnte in einigen wichtigen Ländern hierzu beitragen. Fortschritte bei dem Bemühen um mehr Wachstum und Beschäftigung hängen ferner nicht zuletzt davon ab, ob und inwieweit handelshemmende Eingriffe in den internationalen Warenaustausch vermieden werden können. Die unter dem Eindruck schwerwiegender Arbeitsmarktprobleme vielerorts verstärkten protektionistischen Tendenzen müssen daher mit großer Sorge betrachtet werden.

2. Gravierende binnen- und außenwirtschaftliche Schwierigkeiten stellen auch die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland nach wie vor auf eine harte Probe. Erhebliche strukturelle Anpassungszwänge, die nicht nur eine Folge der massiven Energieverteuerungen sind, sondern auch auf Verschiebungen in den Wettbewerbsverhältnissen beruhen, belasten weiterhin Wachstum und Beschäftigung.

Die seit Frühjahr 1980 erkennbare Verlangsamung der Wirtschaftsaktivität setzte sich zwar seit Beginn des vergangenen Jahres nicht weiter fort; andererseits läßt aber die angestrebte Belebung immer noch auf sich warten. Seit der Jahreswende 1980/81 gehen vom Auslandsabsatz beachtliche Anstöße auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung aus; die dämpfenden Wirkungen der bis zuletzt schwachen Inlandsnachfrage konnten dadurch jedoch nicht voll ausgeglichen werden. Angesichts rückläufiger Realeinkommen und relativ hoher Zinsen hielten sich vor allem die privaten Haushalte mit ihren Käufen deutlich zurück. Unausgelastete Kapazitäten, erheblich gedrückte Erträge und vergleichsweise hohe Finanzierungskosten beeinträchtigten darüber hinaus die private Investitionstätigkeit. Allerdings war ihre Abnahme wegen der Notwendigkeit, die Kosten zu senken und die Produktivität zu steigern, bisher relativ begrenzt. Dies gilt nicht für die Entwicklung der privaten und öffentlichen Bauinvestitionen, die nach einer längeren Phase der Nachfrageschwäche erheblich zurückgehen. Insgesamt blieben nachhaltige Impulse für eine Steigerung der Produktion bislang aus. Dies und das kostenbedingte Bemühen der Unternehmen, die vorhandenen Aufträge mit weniger

Arbeitskräften zu bewältigen, lösten einen beschleunigten Rückgang der Beschäftigung aus. Da gleichzeitig das Arbeitskräfteangebot — vor allem aus demographischen Gründen — weiter zunahm, vergrößerte sich das Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt erheblich, wobei die Entwicklung auf den einzelnen Teilmärkten nach wie vor unterschiedlich verlief. Die von jahreszeitlichen Einflüssen bereinigte Arbeitslosenzahl zeigte das ganze Jahr über eine deutlich steigende Tendenz.

Sichtbare Fortschritte wurden dagegen im außenwirtschaftlichen Bereich erzielt. Obwohl sich das Verhältnis von Ausfuhr- und Einfuhrpreisen (terms of trade) im Jahresdurchschnitt erneut verschlechterte und die Fehlbeträge bei den Dienstleistungen und Übertragungen weiter zunahmen, ging das Leistungsbilanzdefizit insgesamt im Vergleich zu 1980 merklich zurück. Im Verlaufe des Jahres trat die Wende zum Besseren immer deutlicher zutage. Vor allem der starke Exportanstieg, der durch die bis zum Sommer anhaltende Abwertung der D-Mark wesentlich begünstigt wurde, trug hierzu bei. Entlastend wirkte außerdem die verhaltene Einfuhrentwicklung, in der sich zwar einerseits die gedämpfte Wirtschaftstätigkeit widerspiegelte, in der aber andererseits auch der sparsamere Umgang mit Energie zum Ausdruck kam.

Demgegenüber verlief die Preisentwicklung unbefriedigend. Anstelle der erwarteten Verlangsamung sind die Verbraucherpreise im abgelaufenen Jahr beschleunigt gestiegen. Neben internen Kostensteigerungen spielte dabei eine entscheidende Rolle, daß der gesunkene Wechselkurs der D-Mark die Importpreise in ungewöhnlichem Maße in die Höhe trieb. Mit der seit Herbst wieder festeren Bewertung der D-Mark ist freilich in den letzten Monaten eine gewisse Entlastung eingetreten; allerdings sind gleichzeitig die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise, nachdem sie eine Zeitlang ruhig verlaufen waren, zuletzt stärker als saisonbedingt angestiegen.

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland ist — gemessen an den im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz genannten Zielen — weiterhin sehr unbefriedigend. Aufgrund der Entwicklung im abgelaufenen Jahr sind gleichwohl Chancen für eine Besserung in wichtigen Bereichen vorhanden. So konnte vor allem ein Abgleiten der Wirtschaft in einen sich selbst verstärkenden Schrumpfungsprozeß vermieden werden. Seit Mitte vergangenen Jahres zeigen einige Stimmungsindikatoren für das Verarbeitende Gewerbe (Ifo-Konjunkturtest) wieder eine Klimaverbesserung an, die freilich bisher noch keinen Niederschlag in den Produktionsziffern gefunden hat. Außerdem gelang es — auch nach Ansicht des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung —, trotz des starken Teuerungsdrucks aus dem Ausland eine Anpassungsinflation zu verhindern. Die deutlichen Besserungstendenzen in der Leistungsbilanz zeigen überdies, daß der notwendige Anpassungsprozeß an die veränderten weltwirtschaftlichen Bedingungen in Gang gekommen ist. Die Sicherung des Stabilitätsvorsprungs gegenüber dem Ausland und weitere Fortschritte bei der Rückkehr zu einem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht sind wesentliche Voraussetzungen für eine dauerhafte Verbesserung der Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven.

II. Wirtschafts- und finanzpolitische Ziele

3. Hauptaufgabe der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik ist es, auf der Grundlage weiterer Fortschritte bei der außenwirtschaftlichen Anpassung und der Inflationsbekämpfung die Wachstumskräfte der Wirtschaft zu stärken und so die Aussichten für die Arbeitsmarktentwicklung wieder zu bessern. Diese schwierige und nur in einem Mehrjahreszeitraum zu lösende Aufgabe allein dem Staat übertragen zu wollen, hieße jedoch, die Wirkungsmöglichkeiten staatlicher Maßnahmen zu überschätzen und die Komplexität ökonomischer Abläufe außer acht zu lassen. Erfolg oder Mißerfolg der staatlichen Wirtschafts- und Finanzpolitik werden entscheidend mitbestimmt vom Verhalten und den Reaktionen der unmittelbar am Wirtschaftsprozeß Beteiligten.

Die Bundesregierung geht davon aus, daß die Ausgangslage für die deutsche Wirtschaft sich gegenüber dem Vorjahr leicht verbessert und die Einsicht in notwendige Strukturanpassungen insgesamt zugenommen hat; sie erwartet daher, daß die 1982 möglichen gesamtwirtschaftlichen Ergebnisse insgesamt weniger von den im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz genannten Zielen abweichen, als dies im vergangenen Jahr der Fall war.

4. Aufgrund der derzeit verfügbaren Informationen und unter der Voraussetzung, daß der Wirtschaftsprozeß in diesem Jahr nicht durch gravierende außenwirtschaftliche Einwirkungen gestört wird, hält die Bundesregierung 1982 eine gesamtwirtschaftliche Entwicklung für erreichbar, bei der

a) das Bruttosozialprodukt im Verlaufe des Jahres leicht zunimmt und das Vorjahresniveau um 1 bis $1^1/_2$% überschreitet,

b) der Beschäftigungsabbau im Jahresverlauf geringer wird und die Arbeitslosenzahl nicht über rd. 6 % aller Erwerbspersonen bzw. rd. 7 % der unselbständigen Erwerbspersonen im Jahresdurchschnitt hinausgeht,

c) der Anstieg der Verbraucherpreise auf rd. 5 % im Jahresdurchschnitt und rd. 4 % im Jahresverlauf zurückgeführt werden kann,

d) die positive Entwicklung des Außenbeitrags anhält und somit das Leistungsbilanzdefizit auf etwa 0 bis 10 Mrd. DM abgebaut wird.

Nach sorgfältiger Abwägung der Unsicherheiten und der möglichen Risiken hält die Bundesregierung aus heutiger Sicht diese Jahresergebnisse für 1982 für wahrscheinlicher als andere denkbare gesamtwirtschaftliche Zielkombinationen. Die Jahresprojektion baut jedoch — wie jede andere gesamtwirtschaftliche Prognose — auf einer Reihe von Hypothesen und Bedingungen auf, die nicht im Einflußbereich der Bundesregierung liegen und deren Ein-

treffen naturgemäß nicht gesichert ist. Dies gilt in besonderem Maße für die Annahmen hinsichtlich der internationalen Handelsbeziehungen und der Zinsentwicklung. (Die der Jahresprojektion zugrundegelegten Annahmen und Bedingungen sind im einzelnen in der beigefügten Anlage erläutert.)

5. Die gesamtwirtschaftliche Produktion — gemessen an dem von Saison- und Kalendereinwirkungen bereinigten Bruttosozialprodukt — dürfte Ende des vergangenen Jahres leicht über dem Durchschnitt 1981 gelegen haben. Anders als im Vorjahr ist der Einstieg in das Jahr 1982 somit nicht durch einen negativen „Überhang" des Sozialprodukts vorbelastet, der erst noch aufzuholen wäre. Vielmehr gab es schon in der zweiten Jahreshälfte 1981 eine leichte Aufwärtsbewegung, die allerdings noch sehr schwach ausgeprägt war. Bereits ein Anhalten dieser Entwicklung im weiteren Jahresverlauf würde im Jahresdurchschnitt 1982 zu einem geringfügigen Wirtschaftswachstum in der Größenordnung von $^{1}/_{2}$ bis 1% führen. Die Urteile darüber, ob diese leichte Belebung tatsächlich das Ende der außerordentlich langen Rezessions- und Stagnationsphase signalisiert oder nur das Ergebnis von Zufallsschwankungen darstellt, gehen noch weit auseinander. Die meisten Beobachter im In- und Ausland erwarten jedoch, daß sich nach dem Auslaufen der Bremswirkungen der zweiten Ölpreisexplosion und aufgrund der zwischenzeitlichen Stabilisierungs- und Anpassungsfortschritte im Jahre 1982 allmählich die Wachstumskräfte in den westlichen Industrieländern und in der Binnenwirtschaft — unterstützt durch weiterhin steigende Nachfrage außerhalb der Industrieländer — wieder durchsetzen. Dies hängt allerdings nicht zuletzt von der weiteren internationalen Zinsentwicklung ab. Unterschiedliche Auffassungen bestehen zudem darüber, ob der neue Wachstumsprozeß bereits in der ersten Jahreshälfte oder erst im späteren Verlauf einsetzen wird. Die Prognosen gehen jedoch übereinstimmend davon aus, daß die Aufwärtsbewegung diesmal — insbesondere infolge der noch ungelösten Anpassungsprobleme — weltweit schwächer als in den früheren Wachstumsperioden ausfallen dürfte.

Von der Inlandsnachfrage sind im Jahresdurchschnitt insgesamt noch keine Wachstumsimpulse zu erwarten. Positive Effekte dürften dagegen — wie im Vorjahr — von der Exportnachfrage ausgehen. Die verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft, ihre verstärkten Anstrengungen zum Erhalt und Ausbau von Marktpositionen sowie eine den weltweiten Strukturanpassungsnotwendigkeiten weitgehend entsprechende Angebotspalette dürften die Verkaufschancen der deutschen Wirtschaft auf den Auslandsmärkten auch 1982 günstig beeinflussen. Gleichzeitig ist nach den internationalen Prognosen mit einer eher noch steigenden Nachfrage in den Haupthandelspartnerländern nach verarbeiteten Erzeugnissen zu rechnen. Nach den letzten Schätzungen wird das Wachstum des Sozialproduktes im gesamten OECD-Bereich zwar wie im Vorjahr voraussichtlich nur etwa 1 bis $1^{1}/_{2}$ % ausmachen; bei der erwarteten Abschwächung in den USA bedeutet das für die europäischen Länder, die Hauptabnehmer für deutsche Exportgüter sind, nach dem Produktionsrückgang im Vorjahr aber wieder eine positive Entwicklung. Der Welthandel dürfte sich insgesamt beleben und um etwa 3 bis 5 % zunehmen; das Wachstum der deutschen Exportmärkte — regionale und gütermäßige Importnachfrage in den einzelnen Ländern, gewichtet mit den deutschen Exportanteilen — dürfte sogar noch etwas stärker ausfallen. Fraglich bleibt dagegen, ob und in welchem Ausmaß von der deutschen Exportwirtschaft auch in diesem Jahr noch weitere Marktanteile hinzugewonnen werden können. Dies dürfte in erster Linie vom weiteren Verlauf der Wechselkurse und von der Kostenentwicklung im Inland abhängen. Insgesamt kann jedoch von einer Fortsetzung der positiven Ausfuhrtendenzen auch in diesem Jahr ausgegangen werden. Der Exportanstieg wird allerdings vermutlich nicht mehr so kräftig wie im Vorjahr ausfallen.

Im weiteren Jahresverlauf dürfte diese Entwicklung der Auslandsnachfrage auch positiv auf die Inlandsnachfrage, insbesondere die Investitionen im Unternehmensbereich, ausstrahlen. Gemessen an der schwachen Entwicklung der Gesamtnachfrage, der starken Kostenbelastung und dem dadurch ausgelösten Ertragsverfall blieben die Anlageinvestitionen der Unternehmen im Vorjahr zwar auf einem bemerkenswert hohen Niveau; für die Bewältigung der Wachstums-, Beschäftigungs- und Strukturanpassungsprobleme der deutschen Wirtschaft reicht die derzeitige Investitionstätigkeit jedoch keineswegs aus. Daher müssen alle Anstrengungen vorrangig darauf gerichtet werden, die Investitionstätigkeit der Wirtschaft nachhaltig zu stärken, die Zahl der wettbewerbsfähigen Arbeitsplätze zu erhöhen und das Wachstum des Produktionspotentials wieder zu vergrößern. Für den Jahresdurchschnitt 1982 muß zwar damit gerechnet werden, daß das Volumen der Anlageinvestitionen im Unternehmensbereich nochmals zurückgehen wird.

In der Jahresprojektion wird jedoch — in Übereinstimmung mit den Ergebnissen von Unternehmensbefragungen — davon ausgegangen, daß sich die Investitionstätigkeit der Unternehmen im Jahresverlauf stabilisiert und danach langsam wieder zunimmt. Hierfür sprechen nicht nur die von der Exportentwicklung zu erwartenden Impulse sondern auch die inzwischen in Kraft getretenen Verbesserungen der steuerlichen Rahmenbedingungen für die Investitionen. Die Stärkung der privaten Investitionstätigkeit setzt allerdings voraus, daß es zu einer deutlichen und nachhaltigen Entlastung auf der Kostenseite — bei Lohnstückkosten, Einfuhrpreisen und Zinsen — kommt. Ohne eine spürbare Verbesserung der in den letzten Jahren erheblich verringerten Erträge sowie der Ertragsaussichten ist weder eine anhaltende Belebung der Investitionen noch eine Erhöhung des Arbeitsplatzangebotes zu erwarten.

Nachdem es im Vorjahr im Zusammenhang mit der Abschwächung der gesamtwirtschaftlichen Produktion zu einem Lagerabbau kam, ist in diesem Jahr bei wieder steigender gesamtwirtschaftlicher Produktion mit einer leichten Zunahme der Vorratsbil-

dung zu rechnen. Der Private Verbrauch wird dagegen auch in diesem Jahr kaum eine konjunkturstützende Rolle spielen; die dämpfenden Effekte, die das Bild der privaten Verbrauchsnachfrage im Vorjahr bestimmten, werden jedoch voraussichtlich geringer ausfallen. Schwächer als im Vorjahr dürfte sich indes die staatliche Endnachfrage entwickeln.

Alles in allem folgt aus einer solchen Entwicklung der Nachfrage eine langsame Aufwärtsbewegung der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Jahresverlauf, die — vor allem getragen von der Ausfuhr — im Jahresdurchschnitt 1982 ein Wachstum des realen Sozialprodukts in der Größenordnung von 1 bis 1 1/2% ermöglichen dürfte.

6. Mit wieder wachsendem Bruttoinlandsprodukt ging bereits in der zweiten Hälfte des Vorjahres eine leichte Beschleunigung der Produktivitätsentwicklung einher. Für dieses Jahr muß mit einer Fortsetzung dieser Tendenz gerechnet werden. Für die Entwicklung am Arbeitsmarkt bedeutet das, daß der Beschäftigungsabbau in diesem Jahr trotz des erwarteten geringen Wachstums des Sozialproduktes voraussichtlich weiter anhalten wird. Die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion dürfte nämlich auch 1982 hinter dem Produktivitätszuwachs der Gesamtwirtschaft zurückbleiben. Hinzu kommt, daß der geringeren Arbeitskräftenachfrage auch in diesem Jahr wiederum infolge des Berufseintritts der geburtenstarken Jahrgänge und der Zunahme der ausländischen Erwerbspersonen ein um rd. 150 000 bis 200 000 Personen steigendes Arbeitskräfteangebot gegenübersteht. Zunächst noch abnehmende Nachfrage nach Arbeitskräften einerseits und steigendes Arbeitskräfteangebot andererseits lassen damit einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit unvermeidbar erscheinen. Das Ausmaß der zunehmenden Arbeitslosigkeit ist allerdings nicht zuletzt auch abhängig von der weiteren Entwicklung an den nationalen und internationalen Finanzmärkten, den Reaktionen der Unternehmen sowie den Entscheidungen der Tarifparteien. Die Bundesregierung geht davon aus, daß der Anstieg der Arbeitslosigkeit auf rd. 6 % aller Erwerbspersonen bzw. rd. 7 % der unselbständigen Erwerbspersonen begrenzt werden kann. Im Jahresverlauf müßte dann allerdings der Beschäftigungsabbau allmählich auslaufen, so daß dem steigenden Arbeitskräfteangebot keine abnehmende Arbeitskräftenachfrage mehr gegenübersteht. Dies hätte zur Folge, daß sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit im späteren Jahresverlauf — bei Ausschaltung von Saison- und Witterungseinflüssen — allmählich abschwächt.

7. Seit dem Herbst des vergangenen Jahres ist es mit der Erholung des D-Mark-Wechselkurses zu spürbaren Preisrückgängen für Einfuhrgüter gekommen. Trotz dieser dämpfenden Einflüsse lag das Verbraucherpreisniveau wegen der vorangegangenen starken Aufwärtsentwicklung und des jüngsten Anstiegs der Agrarpreise um die Jahreswende erheblich über dem Jahresdurchschnitt („Überhang" von fast 2 1/2 %). Trotz dieser außergewöhnlichen Vorbelastung und trotz der bereits jetzt absehbaren weiteren Preissteigerungen wird in der Jahresprojektion eine Abschwächung des Verbraucherpreisanstiegs auf rd. 5 % im Jahresdurchschnitt angenommen. Hierfür sind vor allem folgende Gründe maßgebend: Die Einfuhrverteuerungen dürften in diesem Jahr bei der unterstellten Wechselkursentwicklung nur relativ gering ausfallen; darüber hinaus wird davon ausgegangen, daß der Lohnkostenauftrieb bei geringerem Effektivlohnanstieg und höherem Produktivitätsfortschritt als im Vorjahr spürbar nachläßt. Da außerdem die Spielräume für die Überwälzung von Kostensteigerungen bei dem angekündigten Kurs der Geldpolitik gering bleiben dürften, kann insgesamt mit einer deutlichen Abflachung des Verbraucherpreisanstiegs im Jahresverlauf auf rd. 4 % gerechnet werden.

8. In Ziffer 4 dieses Berichts sind die Gründe genannt, die auch 1982 für einen deutlichen Anstieg der Exporte — wenn auch etwas schwächer als im Vorjahr — sprechen. Gleichzeitig dürfte es aber, wenn sich die Inlandsnachfrage im Verlauf festigt, auch wieder zu einer stärkeren Belebung des Importvolumens kommen. Vor allem vom erwarteten Umschwung im Lagerzyklus werden entsprechende Wirkungen auf die Importe ausgehen. Selbst wenn die Scherenbildung zwischen realer Export- und Importentwicklung nicht so stark wie im Vorjahr ausfallen dürfte, kann doch — in konstanten Preisen gerechnet — mit einer weiteren Ausweitung des Außenbeitrages gerechnet werden. Anders als in den vergangenen drei Jahren ist aber vor allem infolge der ruhigeren Entwicklung der Rohstoffpreise und der Wechselkurse nicht mit einem stärkeren Anstieg der Importpreise als der Exportpreise zu rechnen. Für das Verhältnis von Ausfuhr- und Einfuhrpreisen (terms of trade) kann im Jahresdurchschnitt eher eine ausgeglichene Entwicklung und im Verlauf sogar eine Verbesserung erwartet werden. Der nominale Außenbeitrag wird daher voraussichtlich weiter kräftig zunehmen und so einen großen Schritt in Richtung Leistungsbilanzausgleich ermöglichen. Zwar ist — wegen der vielfältigen Einflußgrößen — eine Schätzung der Leistungsbilanzentwicklung besonders unsicher; den Annahmen der Jahresprojektion für den Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland und den unentgeltlichen Übertragungen würde aber ein Abbau des Leistungsbilanzdefizits auf eine Größenordnung von 0 bis 10 Mrd. DM entsprechen.

9. Die Erläuterungen der Eckwerte der Jahresprojektion für Wachstum, Beschäftigung, Preisentwicklung und Außenbilanz zeigen deutlich, wie stark ihre Realisierung auch von den autonomen preis- und einkommenspolitischen Entscheidungen abhängig ist. Die Chancen für die weitere Exportentwicklung, der Umfang der künftigen Investitionstätigkeit und damit die Entwicklung am Arbeitsmarkt werden weitgehend auch dadurch beeinflußt, wie das erreichbare Volkseinkommen verteilt wird.

Unter den Annahmen der Jahresprojektion dürfte das Volkseinkommen in diesem Jahr um ca. 5 % und damit etwas schwächer als das nominale Bruttosozialprodukt zunehmen. Bei dieser angenommenen

Entwicklung des Volkseinkommens sind der Anstieg der indirekten Steuern, die voraussichtliche Entwicklung der Subventionen sowie die Ausweitung der Abschreibungen auf einen steigenden Kapitalbestand bereits berücksichtigt. In der Jahresprojektion wurde ein Anstieg der effektiven Bruttolöhne und -gehälter je beschäftigten Arbeitnehmer von rd. 4 1/2 % unterstellt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich bei der erwarteten gesamtwirtschaftlichen Produktionsentwicklung ein positiver Abstand zwischen Effektiv- und Tariflohnentwicklung ergeben dürfte. Auch Gewichtsverschiebungen in der Lohn- und Gehaltsstruktur, die sich bei einer Abnahme der Beschäftigtenzahl erfahrungsgemäß einstellen, dürften hierzu beitragen. Die genannte Durchschnittszahl für den Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten darf also nicht mit dem Ausmaß möglicher Tarifanhebungen verwechselt werden. Unter Berücksichtigung der um etwa 1 % abnehmenden Beschäftigtenzahl und der überproportional steigenden Beiträge zur Sozialversicherung als Folge der Beitragssatzanhebungen würde sich damit eine Zunahme der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit von rd. 4 % ergeben. Die Brutto-Unternehmens- und Vermögenseinkommen könnten dann um etwa 7 bis 9 % zunehmen. Bei dieser Verteilungsstruktur ist zu berücksichtigen, daß sowohl 1980 als auch 1981 die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit mit 7,9 % bzw. 4,7 %, also insgesamt 13 %, deutlich stärker zugenommen haben als die Unternehmens- und Vermögenseinkommen; diese stiegen 1980 nur um 1,4 % und nahmen im Vorjahr um rd. 1 % ab, d. h. sie stagnierten praktisch in diesem Zeitraum. Die Gewinne der Unternehmen für sich betrachtet haben dabei sogar erheblich abgenommen. Gemessen an der — um Änderungen in der Beschäftigungsstruktur bereinigten — Lohnquote würden mit den Werten der Jahresprojektion die Verteilungsrelationen des Jahres 1980 wiederhergestellt werden.

B. Für 1982 geplante Wirtschafts- und Finanzpolitik

I. Gemeinschaftsinitiative für Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität

10. Die akute Wachstumsschwäche und die sich auch mittelfristig abzeichnenden Beschäftigungsprobleme können nur durch eine mehrjährige wachstums- und beschäftigungspolitische Strategie überwunden werden. Im Mittelpunkt dieser Strategie muß über die ganze Breite der volkswirtschaftlichen Angebotspalette hin eine Verstärkung der Investitionen (private und öffentliche Anlageinvestitionen), der Innovationen und des Produktivitätsanstiegs stehen. Nur durch eine solche breit angelegte Modernisierung und Ausweitung des Produktionspotentials können in den nächsten Jahren genügend Arbeitsplätze erhalten und neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Für die Investitions- und Innovationsentscheidungen in der Wirtschaft und die Abschätzung der Absatzchancen spielen die Perspektiven für die Entwicklung der Zins-, Arbeits- und Materialkosten sowie der staatlich beeinflußten Rahmenbedingungen eine große Rolle. Sie beeinflussen und formen letztlich die Erwartungen und damit die Entscheidungen der Investoren. Die wachstums- und beschäftigungspolitischen Bemühungen müssen deshalb vorrangig darauf gerichtet sein, das Vertrauen in eine positive Entwicklung dieser wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu stärken.

Bei allen Maßnahmen muß beachtet werden, daß die deutsche Wirtschaft in einem engen internationalen Verbund steht. Aus dieser Einbindung kann und darf sie nicht herausgelöst werden. Nationale Maßnahmen allein können deshalb nur in begrenztem Maße zur Überwindung der Wachstumsschwäche und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit beitragen. Gleichzeitig mit den binnenwirtschaftlichen Bemühungen sind somit auch verstärkte Anstrengungen zur internationalen Kooperation und Koordinierung unerläßlich.

Für die nationalen und internationalen Anstrengungen hat der Staat zwar eine wichtige Führungsaufgabe. Er allein ist aber nicht in der Lage, die strukturelle Anpassung und Verbesserung der deutschen Volkswirtschaft sicherzustellen. Die Anpassung der deutschen Wirtschaftsstruktur an die nachhaltig veränderten weltwirtschaftlichen Bedingungen und eine dauerhafte Verbesserung von Wachstum und Beschäftigung können nur durch gemeinsame Anstrengungen aller für die Wirtschaft Verantwortlichen erzielt werden. Dazu müssen neben der Bundesregierung, dem Bundestag, dem Bundesrat, der Bundesbank, den Ländern und Gemeinden auch die Tarifparteien, die Wirtschaftsverbände, die Gewerkschaften und erst recht die Unternehmen selbst sich an der Lösung dieser Aufgabe beteiligen. Niemand ist von der Verantwortung frei, in seinem Bereich auf Bedingungen hinzuarbeiten, die neues Wirtschaftswachstum und damit mehr Arbeitsplätze bringen.

11. Zentrale Orientierungspunkte für die Gemeinschaftsinitiative müssen sein:

a) Alle wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungen müssen zu der mittel- und längerfristig unerläßlichen Umstrukturierung des Sozialprodukts von konsumtiven zu mehr investiven Verwendungen beitragen. Die eingeleiteten Schritte müssen zügig fortgesetzt werden, wobei jedoch konjunkturelle Aspekte zu beachten sind.

b) Wesentlicher Bestandteil dieser Strategie muß es sein, dem eingeleiteten Abbau des Leistungsbilanzdefizits, der Milderung der internationalen Zinsabhängigkeit und der Schaffung eines weiteren Spielraums für Zinssenkungen Vorrang einzuräumen.

c) Die mit der finanzpolitischen „Operation '82" (vgl. Ziffer 14 dieses Berichts) eingeleitete Umschichtung des Sozialprodukts zu mehr Investitionen und zur Reduzierung der Kreditfinanzierung des Bundeshaushalts muß mittelfristig fortgesetzt werden. Die in diesem Zusammenhang beschlossenen zusätzlichen wachstums- und beschäftigungsfördernden Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von rd. 27,5 Mrd. DM (in den Jahren 1982 bis 1985) sowie die in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehene schrittweise Verringerung der Nettokreditaufnahme haben die Ausgangslage bereits wesentlich verbessert. Die damit verbundene Entspannung an den Kapitalmärkten muß dauerhaft abgesichert werden.

d) Eine vorübergehende Erhöhung der Nettokreditaufnahme ist deswegen nur vertretbar bei etwaigen konjunkturbedingten Mindereinnahmen und Mehrausgaben. Finanzwirksame Maßnahmen zur Überwindung der Wachstums- und Strukturschwäche müssen dagegen durch Umschichtungen bei den öffentlichen Ausgaben und im steuerlichen Bereich finanziert werden. Dies schließt eine Erhöhung indirekter Steuern ohne dauerhafte Erhöhung der Steuerquote nicht aus.

e) Die Umstrukturierung von konsumtiven zu investiven Verwendungen muß auch durch entsprechende Entscheidungen und Vereinbarungen der Tarifparteien unterstützt werden. Die für Wachstum und Beschäftigung notwendige Stärkung der Erträge und der Eigenkapitalbildung sollte dabei ebenso berücksichtigt werden wie eine verstärkte Beteiligung der Arbeitnehmer an der Bildung des Produktivvermögens und die Möglich-

keiten tarifvertraglicher Verkürzungen der Lebensarbeitszeit.

f) Aus Gründen der Versorgungssicherheit, wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze und der Verbesserung der Leistungsbilanz muß der erfolgreich eingeleitete Prozeß der Einsparung von Energie sowie des Ausbaus und der Diversifizierung des Energieangebots fortgesetzt und verstärkt werden.

g) Um die Ausbildungs- und Beschäftigungschancen der jungen Menschen zu verbessern und die Möglichkeiten der beruflichen Qualifizierung generell zu stärken, müssen die Bemühungen um eine vermehrte Bereitstellung von Ausbildungsplätzen sowie um die berufliche Fortbildung und Umschulung verstärkt werden.

h) Zur Verbesserung der Beschäftigungschancen und zur Erweiterung der individuellen Gestaltungsmöglichkeiten sollten sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich flexiblere Arbeitszeit- und Beschäftigungsregelungen angestrebt werden.

i) Damit die Wachstums- und Beschäftigungsmöglichkeiten der Wirtschaft genutzt werden können, müssen auf allen Ebenen und in allen Bereichen die Bemühungen um den Abbau von ungerechtfertigten Investitionshemmnissen fortgesetzt werden. Hierzu gehört auch eine sorgfältigere Differenzierung in der Beurteilung, ob es sich um tatsächliche oder nur vermeintliche Behinderungen handelt.

j) Um die Freiheit des Welthandels zu erhalten und um die Probleme der Weltwirtschaft durch gemeinsame Anstrengungen zu entschärfen, müssen sowohl bilateral als auch international alle Möglichkeiten einer engen Zusammenarbeit in der Wirtschafts- und Währungspolitik genutzt werden.

Im einzelnen hält die Bundesregierung im Rahmen dieser wachstums- und beschäftigungspolitischen Strategie folgende Maßnahmen zur Förderung von Beschäftigung, Wachstum und Stabilität für erforderlich:

Geld- und Kreditpolitik

12. Die Deutsche Bundesbank hat gemäß dem Beschluß des Zentralbankrates vom 3. Dezember 1981 für die Ausweitung der Zentralbankgeldmenge vom vierten Quartal 1981 zum vierten Quartal 1982 ein Zielband von 4 bis 7% vorgesehen. Die Bundesregierung stimmt mit dieser Zielsetzung überein. Auch nach ihrer Überzeugung würde es sich schädlich auswirken, Strukturprobleme der Wirtschaft durch eine Politik leichten Geldes überspielen zu wollen. Bei anhaltender Verbesserung der Leistungsbilanz und bei nachlassendem Inflationsdruck erwartet sie, daß die Bundesbank die obere Hälfte des Zielbandes für die Geldmengenausweitung ansteuert und möglichst frühzeitig Spielräume, die sich von der internationalen Entwicklung her ergeben, für zinspolitische Entscheidungen nutzt.

Haushalts- und Steuerpolitik

13. Auf der Grundlage der „Operation '82" wird die Haushaltspolitik des Bundes im Verlaufe der mittelfristigen Finanzplanung bis 1985 durch eine entsprechende Begrenzung der Ausgabenentwicklung die jährliche Neuverschuldung allmählich, stetig und nachhaltig verringern. Die Bundesregierung wird Subventionen (Finanzhilfen und Steuervergünstigungen) und sonstige Leistungen überprüfen, auch mit dem Ziel, die wachstumsfördernden Impulse des Haushaltes zu verstärken.

14. Zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung sind im Rahmen der „Operation '82" bereits haushalts- und steuerpolitische Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von rd. 27,5 Mrd. DM in den Jahren 1982 bis 1985 beschlossen worden. Im wesentlichen handelt es sich hierbei um folgende Haushaltsmaßnahmen:

a) mehrjährige Anpassungshilfen für die Eisen- und Stahlindustrie und die Verstärkung des Stahlforschungsprogramms,

b) verstärkte Förderung der Energieeinsparung in Bundesgebäuden, im Rahmen des Heizenergieprogramms sowie des Kohleheizkraftwerks- und Fernwärmeprogramms,

c) zusätzliche Förderung laufender Wohnungsbauprogramme,

d) Förderung der Anwendung von Mikroelektronik und optischer Nachrichtentechnik

sowie

um folgende Maßnahmen zur Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für private Investitionen durch:

e) Verbesserung der degressiven AfA
   — für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens von 25 auf 30%,
   — für Betriebsgebäude und für Wohngebäude (Mehrfamilienhäuser) auf 5% in den ersten acht Jahren,

f) Heraufsetzung der Abschreibungshöchstbeträge des § 7b EStG bei
   — Einfamilienhäusern und Eigentumswohnungen auf 200 000 DM,
   — Zweifamilienhäusern auf 250 000 DM,

g) prämien- bzw. steuerunschädliche Verwendung von Bausparmitteln durch Mieter zur Modernisierung ihrer Mietwohnungen,

h) Ausdehnung des bis zu 5 Mio. DM begrenzten Verlustrücktrages auf zwei Jahre,

i) eine auf drei Jahre befristete Investitionszulage für Umstrukturierung in der Eisen- und Stahlindustrie und Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen in Stahlregionen.

15. Als Beitrag zu der notwendigen Gemeinschaftsinitiative für Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität hat die Bundesregierung am 3. Februar 1982 folgende zusätzliche Beschlüsse gefaßt:

a) Die Bundesregierung wird die Einführung einer zeitlich begrenzten *Investitionszulage* in Höhe von 10% für bewegliche Wirtschaftsgüter des betrieblichen Anlagevermögens und für Betriebsgebäude (mit Ausnahme von Wohngebäuden) vorschlagen, die in der Zeit vom 1. Januar 1982 bis zum 31. Dezember 1982 bestellt werden oder mit deren Herstellung in dieser Zeit begonnen wird. Voraussetzung für die Begünstigung ist, daß die Wirtschaftsgüter vor dem 1. Januar 1984 geliefert oder fertiggestellt werden; bei Betriebsgebäuden verlängert sich die Fertigstellungsfrist um ein weiteres Jahr. Die Investitionszulage wird nur für Mehr-Investitionen gewährt, d. h. für Investitionen, die das durchschnittliche Investitionsvolumen des Unternehmens in den drei dem Begünstigungszeitraum vorangegangenen Jahren übersteigen. Die Bundesregierung rechnet mit einem durch die Investitionszulage zu fördernden Investitionsvolumen von 40 Mrd. DM; dementsprechend wird die Belastung der öffentlichen Haushalte auf 4 Mrd. DM geschätzt, verteilt auf die Jahre 1983, 1984 und 1985.

b) Zur Förderung von privaten und öffentlichen Investitionen sollen die *Kreditprogramme des ERP-Sondervermögens* und der *Kreditanstalt für Wiederaufbau* (KfW) um mehr als 6 Mrd. DM aufgestockt werden.

Zu diesem Zweck wird der Bund die Forderungen des ERP-Sondervermögens gegenüber der KfW und der Weltbankgruppe in Höhe von insgesamt rd. 465 Mio. DM übernehmen und hierfür eine entsprechende Verpflichtungsermächtigung vorsehen. Auf diesem Wege wird das ERP-Sondervermögen in die Lage versetzt, zuzüglich zum ERP-Wirtschaftsplan 1982 zinsgünstige Darlehen bis zum Betrag von 1,6 Mrd. DM bereitzustellen. Diese Mittel werden für Umweltschutzmaßnahmen (Abwasserreinigung, Luftreinhaltung, Abfallwirtschaft) insbesondere bei den Kommunen sowie zur Leistungssteigerung kleiner und mittlerer Unternehmen zur Verfügung gestellt.

Bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau wird der Bund eine Kapitalerhöhung um insgesamt 600 Mio. DM vornehmen, um die KfW in die Lage zu versetzen, ihre Kreditprogramme insbesondere an kleine und mittlere Unternehmen in einem Gesamtvolumen von rd. 5 Mrd. DM zu verstärken.

c) Für die Hochbaumaßnahmen des Bundes, insbesondere zur *Energieeinsparung* und *Modernisierung* werden bis 1985 einschließlich zusätzliche Mittel von rd. 800 Mio. DM bereitgestellt. Die zusätzlichen Mittel sollen zu einer schnellen Auftragsvergabe, insbesondere an kleine und mittlere Betriebe führen.

d) Zur Anregung privater Investitionen im Mietwohnungsbau soll das *Mietrecht* über die bisher vorgesehene Neuregelung hinaus in folgenden Punkten geändert werden:

— Bei der Bestimmung von Vergleichsmieten nach dem Miethöhengesetz und de lege ferenda nach dem Mietspiegelgesetz werden nur Mieten herangezogen, die in den letzten fünf Jahren vereinbart worden sind. Innerhalb von drei Jahren darf die Miete nach dem Vergleichsmietenverfahren in bestehenden Verträgen insgesamt um nicht mehr als 30% angehoben werden.

  Dies entspricht Regelungen, die im Haushaltsstrukturgesetz für die Mietanhebung im sozialen Wohnungsbau bereits getroffen sind.

— Bei der Vermietung von Wohnraum, der ab 1. Januar 1981 bezugsfertig geworden ist, können Staffelmieten für die einzelne Wohnung auf die Dauer von 20 Jahren vereinbart werden. Jedoch darf der einzelne Mietvertrag zehn Jahre nicht überschreiten.

— Um einen Anreiz für die Nutzung vorübergehend leerstehenden Wohnraums zu geben, sollen künftig Zeitmietverträge unter bestimmten Voraussetzungen zugelassen werden, nämlich wenn der Vermieter innerhalb einer Drei-Jahres-Frist den Wohnraum für sich, für die zu seinem Hausstand gehörenden Personen oder für seine Familienangehörigen nutzen oder zulässigerweise abreißen oder wesentliche Umbau- oder Instandhaltungsmaßnahmen vornehmen will, und wenn der Mieter diese Absicht des Vermieters bei Vertragsabschluß gekannt hat. Das Zeitmietverhältnis darf höchstens bis auf fünf Jahre ausgedehnt werden. Mit diesen Erfordernissen werden negative Auswirkungen auf den bestehenden Mieterschutz (Mißbrauch zu Umgehungszwecken) ausgeschlossen.

e) Die Bundesregierung fordert die *Deutsche Bundespost* auf, in eigener unternehmerischer Entscheidung geplante Investitionen vorzuziehen und im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten das Investitionsvolumen zu erhöhen.

f) In einem mehrjährigen Programm zur *Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation* und der *Arbeitsmarktchancen* Jugendlicher sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

— Aufstockung der Förderungsmittel für überbetriebliche Ausbildungsstätten,

— Aufstockung der Mittel für die Förderung der Berufsausbildung von benachteiligten Jugendlichen,

— Aufstockung des Programms zur sozialen und beruflichen Eingliederung junger Ausländer,

— Bildungshilfen zur Erleichterung der beruflichen Eingliederung arbeitsloser Jugendlicher,

— ausbildungsbegleitende Hilfen für arbeitslose Jugendliche.

Für die Duchführung des Programms sollen bis einschließlich 1985 insgesamt rd. 400 Mio. DM zur Verfügung gestellt werden.

Darüber hinaus fordert die Bundesregierung die öffentlichen und privaten Arbeitgeber auf, auch in den nächsten Jahren für die geburtenstarken Jahrgänge und die wachsende Zahl jugendlicher Ausländer genügend Ausbildungsplätze bereit-

zustellen. Die derzeitige wirtschaftliche Situation darf die Unternehmen nicht dazu verleiten, die in den vergangenen Jahren erfreulich große Ausbildungsbereitschaft zu vermindern.

g) Die Bundesregierung schlägt eine Erhöhung der *Mehrwertsteuer* ab 1. Juli 1983 vor. Hierbei soll der allgemeine Steuersatz von 13 auf 14% und der ermäßigte Steuersatz von 6,5 auf 7% angehoben werden.

Aus dieser Steuererhöhung sollen zunächst beschäftigungspolitische Maßnahmen finanziert werden. Nach deren Auslaufen soll sie zu einer Entlastung bei der Lohn- und Einkommensteuer dienen. Die Bundesregierung wird hierzu einen Gesetzentwurf für ein Inkrafttreten zum 1. Januar 1984 vorlegen. Die Bundesregierung verfolgt mit diesen Maßnahmen, die eine Umschichtung von der direkten auf die indirekte Steuerbelastung bedeuten, zugleich eine weitere Verbesserung der Steuerstruktur.

h) Die Bundesregierung wird eine Änderung der *Abgabenordnung* vorschlagen, um sicherzustellen, daß Abschlagszahlungen auf unstreitige steuerliche Mehrergebnisse aus länger dauernden, noch laufenden Betriebsprüfungen festgesetzt werden können, um auf diese Weise einen schnelleren Steuereingang zu gewährleisten. Der Gesetzentwurf soll so eingebracht werden, daß er am 1. Januar 1983 in Kraft treten kann.

i) Die Beteiligung der *Rentner* an den Kosten ihrer *Krankenversicherung* wird — statt wie bisher vorgesehen zum 1. Januar 1985 — um ein Jahr vorgezogen und bereits zum 1. Januar 1984 eingeführt. Dadurch wird die für 1984 aufgrund der geltenden Rentendynamik zu erwartende Rentenerhöhung um einen Prozentpunkt niedriger sein. Der Bundeszuschuß an die Rentenversicherung wird 1984 um einen entsprechenden Betrag gekürzt.

j) Die Bundesregierung hat eine Arbeitsgruppe unter Federführung des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung beauftragt, alle vorliegenden Vorschläge zur *Verkürzung der Lebensarbeitszeit* zu prüfen. Dabei sind insbesondere die finanzpolitischen und arbeitsmarktpolitischen Konsequenzen, die Praktikabilität und die Frage der Reversibilität sowie der Gesichtspunkt der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen auf den Auslandsmärkten in die Prüfung einzubeziehen. Eine zusätzliche finanzielle Belastung der Rentenversicherungsträger muß ausgeschlossen sein.

16. Für private und öffentliche Investitionen werden mit diesen Maßnahmen in den nächsten Jahren zusätzliche Finanzierungsmittel in einer *Größenordnung von rd. 12 Mrd. DM* bereitgestellt.

Die Bundesregierung *appelliert an die Unternehmen*, die durch die „Operation '82" und die vorstehenden Beschlüsse verbesserten Rahmenbedingungen für zusätzliche Investitionen und damit für die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen zu nutzen.

Länder und Gemeinden

17. Die Bundesregierung appelliert an die Länder und Gemeinden, ihrerseits einen Beitrag zur Gemeinschaftsinitiative zur Förderung von Arbeitsplätzen, Wachstum und Stabilität zu leisten. Zu diesem Zweck erwartet die Bundesregierung, daß Länder und Gemeinden ihre Haushaltspolitik nach der Empfehlung des Finanzplanungsrates vom 14. Dezember 1981 gestalten. Insbesondere sollen die vorgesehenen Investitionen möglichst frühzeitig in Auftrag gegeben werden.

18. Darüber hinaus fordert die Bundesregierung die Länder und Gemeinden auf, von den ihnen mit dem Haushaltsstrukturgesetz gegebenen Möglichkeiten sozialgerecht Gebrauch zu machen und das ihnen von 1982 bis 1985 zufließende Mittelaufkommen von etwa 4 Mrd. DM aus vorzeitig zurückgezahlten Darlehen, Ausgleichszahlungen für fehlbelegte Sozialwohnungen und aus der Zinsanhebung für die vor dem 1. Januar 1970 bewilligten öffentlichen Baudarlehen sofort für den Bau von zusätzlichen Sozialwohnungen einzusetzen. Wenn die Länder der von den Landesregierungen im Vermittlungsverfahren vorgetragenen Auffassung folgen, können damit rd. 30 000 zusätzliche Sozialwohnungen gebaut werden.

19. Um zu einer Vermehrung des Angebotes von baureifem Land beizutragen, hat die Bundesregierung in ihrer Regierungserklärung vom 24. November 1980 die Prüfung steuerlicher Maßnahmen zu diesem Zweck angekündigt. Sie wird diese Prüfung zum Abschluß bringen und einen Gesetzentwurf mit dem Ziel des Inkrafttretens zum 1. Januar 1983 vorlegen.

Arbeitsmarktpolitik

20. Mit dem am 1. Januar 1982 in Kraft getretenen Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetz werden die Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit dadurch verbessert, daß der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung für Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den Jahren 1982 und 1983 von je 1,5 % auf 2 % angehoben wird; die Ausgaben werden durch Einsparungsmaßnahmen gesenkt, die den Leistungsumfang begrenzen, Mißbrauch verhindern und gleichzeitig durch gezieltere Verwendung die Effizienz der eingesetzten Mittel erhöhen.

Mit der Konzentration der Leistungen zur Förderung der beruflichen Bildung auf Arbeitslose und unmittelbar von Arbeitslosigkeit bedrohte Arbeitnehmer ist eine verbesserte Wirksamkeit der Maßnahmen verbunden. Die Bundesregierung appelliert an die Betriebe, ihre Anstrengungen für die berufliche Weiterbildung der Arbeitnehmer zu verstärken. Insbesondere sollten auch nicht oder nur wenig qualifizierte Arbeitnehmer gefördert werden. Damit können die Betriebe ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern und zugleich Arbeitsplätze längerfristig sichern. Bei vorübergehend notwendigen Produk-

tionseinschränkungen sollte noch stärker als im letzten Jahr versucht werden, den Arbeitsausfall durch Kurzarbeit zu überbrücken.

Der Förderung der beruflichen Rehabilitation kommt weiterhin große Bedeutung zu. Mit dem 4. Schwerbehinderten-Sonderprogramm fördern darüber hinaus Bund und Länder die Einstellung arbeitsloser Schwerbehinderter und die Ausbildung schwerbehinderter Jugendlicher. Die Bundesregierung appelliert an öffentliche und private Arbeitgeber, ihre Pflichtquote zur Beschäftigung von Schwerbehinderten zu erfüllen und verstärkt arbeitslose Schwerbehinderte einzustellen.

Die stärkere Ausrichtung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf Regionen mit überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit trägt der regional ungleichen Arbeitsmarktlage Rechnung. Für schwer vermittelbare Arbeitslose gelten Ausnahmen, so daß dem sozial Schwächsten auch 1982 zu einer Arbeit verholfen werden kann.

Das am 1. Januar 1982 in Kraft getretene Gesetz zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung und das Verbot der Leiharbeiten im Baugewerbe ermöglichen eine bessere Verfolgung der illegalen Leiharbeit, der illegalen Ausländerbeschäftigung und der Schwarzarbeit. Die Bundesregierung erwartet, daß die zuständigen Behörden die neuen gesetzlichen Bestimmungen schnell und in enger Zusammenarbeit umsetzen.

Die nach wie vor über dem Durchschnitt liegende Frauenarbeitslosigkeit erfordert vor allem eine verbesserte Qualifizierung bei Erweiterung des beruflichen Spektrums und ein zusätzliches Angebot an möglichst qualifizierten Teilzeitarbeitsplätzen.

Ausländerpolitik

21. Die Ausländerpolitik der Bundesregierung ist darauf gerichtet,

— die weitere Zuwanderung von Ausländern in die Bundesrepublik Deutschland wirksam zu begrenzen,

— die Rückkehrbereitschaft zu stärken sowie

— die wirtschaftliche und soziale Integration der seit vielen Jahren in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländer zu verbessern und ihr Aufenthaltsrecht zu präzisieren.

Nur durch eine konsequente und wirksame Politik zur Begrenzung des Zuzugs aus Ländern, die nicht Mitglied der Europäischen Gemeinschaften (EG) sind, läßt sich die unverzichtbare Zustimmung der deutschen Bevölkerung zur Ausländer-Integration sichern. Dies ist zur Aufrechterhaltung des sozialen Friedens unerläßlich.

Der Anwerbestopp für Ausländer wird deshalb uneingeschränkt aufrechterhalten. Dies schließt auch die Zulassung von ausländischen Saisonarbeitnehmern aus. Veränderungen von Namens- und Geburtsdaten zum Zwecke der Einreise sind für inländische Behörden nicht bindend. Die Wartezeiten für den Zugang von Familienangehörigen ausländischer Arbeitnehmer und von Asylbewerbern zum Arbeitsmarkt bleiben bestehen. Der Familiennachzug von Ausländern muß sozialverantwortlich gesteuert werden. Die Bundesregierung hat dazu am 2. Dezember 1981 Beschlüsse für Sofortmaßnahmen gefaßt. Die Länder sind dem im wesentlichen gefolgt. Das Asylverfahren muß — unter Wahrung des Grundrechtes auf Asyl — so ausgestaltet werden, daß gerade im Interesse der politisch Verfolgten diejenigen Fälle schnell entschieden werden können, in denen der Antrag offensichtlich aus asylfremden Motiven gestellt wurde. Die Bundesregierung erwartet, daß das Parlament die Beratungen zum Asylverfahrensgesetz zügig zum Abschluß bringt. Das Gesetz zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung vom 15. Dezember 1981 hat die Voraussetzungen geschaffen, die illegale Einreise und die illegale Beschäftigung von Ausländern zu unterbinden. Die Bundesregierung fordert die Länder auf, von den gesetzlichen Möglichkeiten in vollem Umfang Gebrauch zu machen.

Die Bundesregierung will in den Verhandlungen zwischen der EG und der Türkei über die endgültige Regelung der Freizügigkeit im Rahmen der bestehenden Assoziation der Türkei an die EG eine Regelung erreichen, die den weiteren Zuzug von Arbeitnehmern aus der Türkei ausschließt.

Preis- und einkommenspolitisches Verhalten

22. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu stärken, um die Beschäftigung wieder ausweiten und die Arbeitslosigkeit verringern zu können, muß in diesem Jahr Vorrang vor erhöhten Einkommensansprüchen haben. Vorhandene Arbeitsplätze zu sichern, Arbeitsplätze neu zu besetzen und neue Arbeitsplätze zu schaffen, erfordert Kostendämpfung und Leistungsverbesserung. Die notwendige Ausweitung der Zahl der Ausbildungsplätze würde erschwert, wenn die Kosten der Ausbildung gerade für ausbildende Betriebe durch überproportionale Anhebung der Ausbildungsvergütung weiter verteuert würden.

23. Mit diesem Jahreswirtschaftsbericht stellt die Bundesregierung gemäß § 3 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft gesamtwirtschaftliche Orientierungsdaten für 1982 zur Verfügung. Sie sollten auch bei den preis- und einkommensrelevanten Entscheidungen im Gesundheitswesen — gemäß § 405 a Reichsversicherungsordnung — berücksichtigt werden. Die Bundesregierung geht davon aus, daß Unternehmer und Tarifparteien bei ihren autonomen preis- und lohnpolitischen Entscheidungen sich ihrer Mitverantwortung für die kurz- und mittelfristige Entwicklung von Wachstum, Beschäftigung und Preisstabilität bewußt sind. Durch besonnene tarifpolitische Entscheidungen können die vorhandenen Arbeitsplätze sicherer gemacht und kann zugleich ein solidarischer Beitrag zur Schaffung neuer Arbeitsplätze geleistet werden.

* * *

24. Die schwierige Situation der Weltwirtschaft, die Perspektiven für die deutsche Wirtschaft, die Möglichkeiten und die Voraussetzungen für eine Verbesserung der Beschäftigung, des Wirtschaftswachstums und der Preisstabilität wurden zur Vorbereitung dieses Jahreswirtschaftsberichts in mehreren Gesprächen mit Vertretern der Gewerkschaften und der Unternehmensverbände sowie mit dem Konjunkturrat für die öffentliche Hand erörtert. Dabei ergab sich weitgehende Übereinstimmung in der Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Situation und hinsichtlich der Notwendigkeit, daß alle für die Wirtschaft Verantwortlichen gemeinsam zur Überwindung der gegenwärtigen Probleme beitragen müssen.

II. Europäische und internationale Wirtschaftspolitik

25. Die weltwirtschaftliche Entwicklung steht noch immer im Zeichen einer anhaltenden Wachstumsschwäche mit steigender Arbeitslosigkeit, ungelöster Inflationsprobleme und noch unzureichender Fortschritte bei der Bewältigung außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte. Eine wesentliche Voraussetzung für die Lösung dieser Schwierigkeiten ist eine größere Bereitschaft zur raschen und konsequenten Anpassung an die internationalen strukturellen Veränderungen. Dies erfordert nicht nur flexible und risikobereite Unternehmen, eine situationsgerechte Einkommenspolitik der Tarifparteien, den Abbau von Anpassungshemmnissen sowie einen höheren Stellenwert der Investitionen bei den wirtschafts-, finanz- und verteilungspolitischen Entscheidungen, sondern auch die Offenhaltung der Märkte, da nur im freien internationalen Wettbewerb die Konkurrenzfähigkeit von Gütern und Diensten immer wieder getestet und aufs neue gesichert werden kann.

Für ebenso wichtig hält es die Bundesregierung, daß die meisten Industrieländer inzwischen der Preisniveaustabilität einen hohen Rang beimessen. Denn die Inflation erleichtert die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht, sondern erschwert sie. Hohe Zinsen sind in der Regel eine unvermeidliche Folge des Kampfes gegen die Inflation. Wenn es dabei zu erheblichen Steigerungen und Schwankungen mit zeitweiligen Risiken für die Stabilität der Devisenmärkte sowie für Investitionen und Beschäftigung kommt, so ist dies in erster Linie den vorangegangenen inflationären Übersteigerungen anzulasten. Um diese Gefahr jedoch einzugrenzen und die Geldpolitik bei der Inflationsbekämpfung zu entlasten, ist im Rahmen eines möglichst ausgewogenen Einsatzes aller wirtschaftspolitischen Instrumente insbesondere eine Begrenzung der Staatsdefizite in einer Reihe von Ländern unumgänglich. Der internationalen Koordinierung der Wirtschaftspolitik kommt in diesem Zusammenhang eine wesentliche Rolle zu. Die Bundesregierung unterstützt alle Bemühungen, diese zu verbessern.

Europäische Wirtschafts- und Währungspolitik

26. In der Europäischen Gemeinschaft ist die Phase der wirtschaftlichen Unsicherheit noch nicht abgeklungen. Die Arbeitslosigkeit stieg im vergangenen Jahr weiter an, und in der Inflationsbekämpfung konnten bei sinkendem Außenwert der meisten europäischen Währungen durchgreifende Erfolge nicht erzielt werden. Aus den wirtschaftlichen Problemen erwachsen der Gemeinschaft neue Konflikte. Sie stellen eine Herausforderung der Gemeinschaftssolidarität dar. Indessen kann der Gemeinschaft nicht die Verantwortung für die Korrektur von Fehlentscheidungen im nationalen Wirtschaftsbereich aufgebürdet werden. Die Therapie muß vor allem in der Ursachenbeseitigung bestehen. Dies ist nur in der primären Verantwortung der einzelnen Mitgliedstaaten möglich. Die Gemeinschaft kann in den Grenzen ihrer finanziellen Möglichkeiten nur nationale Eigenanstrengungen unterstützen und dadurch Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Eine darüber hinausgehende Belastung würde sie überfordern.

Fehlentwicklungen und ungeklärte Fragen der Gemeinschaftspolitik belasten auch das Wirtschaftsklima. Ihre baldige Lösung wäre deshalb zugleich ein Beitrag zur Besserung der Grundstimmung in der europäischen Wirtschaft und könnte die von Bundesregierung und EG-Kommission für den Jahresverlauf erhoffte allmähliche Erholung des Wachstumsprozesses fördern. Durch eine Belebung der Wirtschaftstätigkeit würde auch die Lösung der strukturellen Probleme der Gemeinschaft erleichtert. Zusätzlich erfordert dies freilich, daß die Wirtschaftspolitik in den Mitgliedstaaten und auf Gemeinschaftsebene — entsprechend auch den Orientierungen im Entwurf des V. Programms der EG für die mittelfristige Wirtschaftspolitik — der unternehmerischen Eigeninitiative mehr Raum läßt, den Ausbau des Binnenmarktes forciert, mehr Mut zum Markt auch über die Gemeinschaftsgrenzen hinaus beweist und nicht den Rufen nach Protektionismus und Staatshilfe nachgibt.

27. Das Europäische Währungssystem (EWS) ist zu einem wichtigen Element der europäischen Integrationspolitik geworden, das insbesondere geeignet ist, die währungspolitische Zusammenarbeit in Europa zu fördern. Das Realignment vom 4. Oktober 1981 hat gezeigt, daß Unterschieden in der wirtschaftlichen Entwicklung der Teilnehmerstaaten durch eine Anpassung der Leitkurse im gegenseitigen Einvernehmen im EWS Rechnung getragen werden kann. Die Bundesregierung wird ihre Bemühungen fortsetzen, das EWS im bestehenden institutionellen Rahmen zu stärken und in Richtung einer engeren wirtschafts- und währungspolitischen Koordinierung der Mitgliedstaaten auszubauen. In diesem Jahr bedarf es insbesondere verstärkter Anstrengungen zur Erreichung einer besseren wirtschaftlichen Konvergenz auf der Basis innerer und äußerer Währungsstabilität.

Internationale Währungspolitik

28. Die weltweiten Zahlungsbilanzungleichgewichte stellen die internationalen Finanzierungsmechanismen weiterhin vor schwierige Aufgaben. Ein Kernproblem bleibt die Bewältigung des anhaltend

hohen Leistungsbilanzdefizits der öleinführenden Entwicklungsländer. Für viele Länder dieser Gruppe dürfte eine Finanzierung von Defiziten in der heutigen Größenordnung auf längere Sicht nicht möglich sein. Daher sollte eine Anpassung der Wirtschaftsstrukturen, die vor allem durch eigene Anstrengungen erfolgen muß, in einem möglichst frühen Stadium eingeleitet werden, um gefährliche, bruchartige Entwicklungen zu vermeiden. Dies liegt auch im Sinne eines stetigen Entwicklungsprozesses dieser Länder. Daneben setzt dies jedoch auch voraus, daß sie für den Absatz ihrer Produkte in den Industrieländern einen weitgehend freien Marktzugang vorfinden.

In der gegenwärtigen schwierigen weltwirtschaftlichen Situation ist es besonders wichtig, daß der Internationale Währungsfonds (IWF) weiterhin eine aktive Rolle spielt. Auch künftig wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, daß die Integrität des IWF als Währungsinstitution und seine bewährten Funktionsprinzipien, die Voraussetzung seiner stabilisierenden Rolle im internationalen Finanzsystem sind, nicht angetastet werden. Insbesondere die wirtschaftspolitische Konditionalität der IWF-Kredite muß — bei aller gebotenen Rücksichtnahme auf die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Besonderheiten des Einzelfalls — gewahrt bleiben. Auf diese Weise kann der IWF wesentlich zur finanziellen und realwirtschaftlichen Bewältigung der Leistungsbilanzdefizite beitragen.

Die Bundesregierung begrüßt, daß die Entwicklungsländer in zunehmendem Maße die Zusammenarbeit mit dem IWF suchen und mit ihm geeignete wirtschaftspolitische Anpassungsprogramme vereinbaren. Für die Bewältigung der Finanzierungsprobleme der ölimportierenden Entwicklungsländer erwartet die Bundesregierung auch weiterhin einen Beitrag der OPEC-Länder.

Außenwirtschaftspolitik

29. Weltweite Wachstumsschwäche und ungelöste Anpassungsprobleme, deren Resultat beträchtliche Leistungsbilanzdefizite und hohe Arbeitslosigkeit sind, verstärken die Gefahr protektionistischer Eingriffe. Die Bundesregierung wird sich deshalb weiterhin mit Nachdruck für die Erhaltung des freien Welthandels einsetzen. Darüber hinaus ist darauf zu achten, daß bereits bestehende Handelsbeschränkungen zumindest nicht verschärft oder zum Dauerelement werden. Aufmerksamkeit verdienen auch die an Aktualität gewinnenden Bemühungen, Hemmnisse im Handel mit Dienstleistungen zu analysieren und darauf aufbauend Liberalisierungsmöglichkeiten zu prüfen.

30. Die Bundesregierung unterstreicht die Feststellung der Staats- und Regierungschefs auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Ottawa, daß jede protektionistische Maßnahme die Dynamik der Volkswirtschaften untergräbt sowie Inflation und Arbeitslosigkeit verschärft. Diese Erklärung ist nicht nur Richtschnur für die Lösung der aktuellen handelspolitischen Konflikte zwischen den großen Welthandelspartnern, sondern hat auch — den einschlägigen Erklärungen des Ministerrats der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) entsprechend — Geltung für die Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Die Bundesrepublik Deutschland wird sich wie bisher vor allem dafür einsetzen, daß möglichen Konflikten mit ihren wichtigsten Partnerländern — insbesondere mit Japan und den USA — durch enge und fortlaufende Zusammenarbeit in allen Bereichen der Wirtschaftspolitik vorgebeugt wird. Durch diese Zusammenarbeit sollen nachteilige Rückwirkungen auf die gegenseitigen Beziehungen und die Weltwirtschaft insgesamt vermieden werden.

31. Das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) hat sich bei der Durchsetzung seiner Regeln und bei den in der Tokio-Runde eingegangenen Verpflichtungen, insbesondere bei der Schlichtung handelspolitischer Konflikte, bewährt. Die für 1982 beschlossene GATT-Ministerratstagung soll die mit dem erfolgreichen Abschluß der Tokio-Runde gegebenen Ansätze für eine Stärkung des liberalen multilateralen Welthandelssystems vertiefen und in einem Arbeitsprogramm weiter konkretisieren.

Die Verhandlungen über die befristete Verlängerung des Welttextilabkommens (WTA) wurden am 22. Dezember 1981 in Genf erfolgreich abgeschlossen. Das neue Abkommen (WTA III) hat eine Laufzeit bis zum 31. Juli 1986. Mit diesem Abkommen konnte die Gefahr wesentlich schärferer einseitiger Eingriffe der Einfuhrländer in den Handel mit Textilien und Bekleidung mit gefährlichen Rückwirkungen für den gesamten Welthandel abgewendet werden. Die Sorge vor derartigen unkontrollierten Entwicklungen und die Rücksichtnahme auf die weltweit schwierige Situation im Textil- und Bekleidungssektor — von der auch die deutsche Industrie nicht verschont ist — spielten für die Haltung der Bundesregierung eine wesentliche Rolle. Innerhalb der EG hat sich die Bundesregierung mit Erfolg für eine Verhandlungslinie eingesetzt, mit der einerseits bruchartige Entwicklungen mit unvertretbaren wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten für die Textil- und Bekleidungsindustrie und ihre Beschäftigten vermieden werden. Andererseits konnte aber auch verhindert werden, daß sich extrem restriktive Forderungen einiger Partnerländer durchsetzten, die zu schweren Interessenkonflikten mit den Entwicklungsländern und deshalb zu einem Scheitern der Verhandlungen geführt hätten. Eine entsprechende Linie wird auch in den bilateralen Verhandlungen zwischen der EG und den wichtigsten Lieferländern über die Durchführung von WTA III zu verfolgen sein.

Insgesamt ist allerdings das WTA in einem freien Welthandelssystem nur befristet durch die außergewöhnliche Lage der Textil- und Bekleidungsindustrie in den meisten Einfuhrländern gerechtfertigt. Es muß von der Textil- und Bekleidungsindustrie der Gemeinschaft jetzt genutzt werden, um sich an die internationalen Wettbewerbsbedingungen anzupassen.

32. In den internationalen Verhandlungen über eine Anpassung des OECD-Konsensus für öffentlich unterstützte Exportkredite wurde eine Erhöhung der Mindestzinssätze vereinbart. Dadurch wurde der Spielraum für staatliche Unterstützung bei der Exportfinanzierung beträchtlich eingeschränkt und somit ein Abbau von Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Industrieländern eingeleitet. Die Bundesregierung tritt über das jetzt erzielte Ergebnis hinaus für eine weitere Anpassung der Konsensuszinssätze an die Marktzinssätze ein. Langfristig verfolgt sie die Einführung eines nach Währungen differenzierten Mindestzinssystems, das insbesondere auch die USA und Japan fordern.

33. Die internationale Konkurrenz bei Gütern, in denen die deutsche Wirtschaft traditionell gut im Wettbewerb lag, hat sich in einigen Bereichen erheblich verstärkt, das gilt insbesondere im Hinblick auf Japan. Die deutsche Wirtschaft hat jedoch erkannt, daß dieser Konkurrenz nur offensiv, das heißt nur durch eine Verbesserung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit begegnet werden kann. Selbstbeschränkungsabkommen auf Regierungsebene oder entsprechende internationale Kartellabsprachen von Unternehmen lehnt die Bundesregierung nach wie vor ab. Von Japan muß allerdings erwartet werden, daß es nicht mit abgestimmten und auf einzelne Produktgruppen konzentrierten Absatzstrategien internationale Marktentwicklungen stört und die Strukturanpassung in den Partnerländern überfordert. Japan muß sich gleichzeitig durch wachsende Fertigwarenimporte stärker in den weltwirtschaftlichen Handelsaustausch integrieren. Insbesondere sollte die japanische Regierung sich bemühen, die im administrativen und strukturellen Bereich liegenden Haupthindernisse für Einfuhren abzubauen.

34. Die weitere Integration der Entwicklungsländer in die internationalen Wirtschaftsbeziehungen sieht die Bundesregierung als eine wichtige Aufgabe an. Dabei mißt sie den inzwischen verbesserten Allgemeinen Zollpräferenzen der EG für diese Länder auch weiterhin eine maßgebliche Rolle zu. Die privaten Direktinvestitionen haben für die Förderung des Industrialisierungsprozesses in den Entwicklungsländern erhebliches Gewicht. Daher setzt die Bundesregierung ihre Bemühungen um den Abschluß bilateraler Investitionsförderungsverträge fort. Auch multilateral tritt sie nachhaltig für die Sicherheit und Transparenz der Investitionsbedingungen ein.

Die Wirtschaftsbeziehungen mit verschiedenen Ländergruppen und Ländern der Dritten Welt sollen weiter ausgebaut werden. Die Bundesregierung wird deshalb die im Kooperationsabkommen zwischen EG und der Vereinigung südostasiatischer Staaten (ASEAN) vorgesehenen jährlichen Wirtschaftskontakte auch 1982 aktiv unterstützen und fördern. Im Europäisch-Arabischen Dialog arbeiten beide Seiten an einer Konkretisierung der beabsichtigten engeren Wirtschaftszusammenarbeit; erste Ergebnisse sollen auf der — in der ersten Jahreshälfte 1982 — vorgesehenen Außenministerkonferenz vorliegen. Der Kooperation mit den AKP-Staaten (Lomé-Abkommen) im Rahmen der EG mißt die Bundesregierung nach wie vor große Bedeutung bei. Dies gilt auch für die Kooperation mit den Mittelmeeranrainerstaaten.

35. Der Nord-Süd-Dialog soll die ökonomischen und politischen Beziehungen zu den Ländern der Dritten Welt intensivieren und Voraussetzungen für die Verbesserung der bestehenden weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen schaffen. Die Bundesregierung geht davon aus, daß eine sich fortentwikkelnde weltwirtschaftliche Arbeitsteilung auf Partnerschaft und gemeinsame Verantwortung aller Länder und Ländergruppen gegründet sein muß. Den Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer kommt dabei wesentliche Bedeutung zu. Die Bundesregierung mißt den in den Vereinten Nationen (VN) geplanten globalen Verhandlungen erhebliches Gewicht bei. Sie hält es für erforderlich, daß dabei die Unabhängigkeit der Sonderinstitutionen gewahrt bleiben und auch die für die weitere Wirtschaftsentwicklung so wichtige Energiefrage behandelt wird. Die Gipfelkonferenz von Cancun hat dem Nord-Süd-Dialog neue Impulse auf höchster politischer Ebene gegeben. Die Bundesregierung wertet die Konferenz als einen erfolgreichen Schritt.

36. Die Bundesregierung wird sich wie bisher für marktwirtschaftliche Lösungen und Regelungen in der Rohstoffpolitik einsetzen. Das 1980 abgeschlossene Internationale Übereinkommen zur Gründung des Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe hat die Bundesrepublik Deutschland am 10. März 1981 gezeichnet. Die für den Beitritt erforderliche Ratifizierung wird vorbereitet. Der Fonds wird seine Tätigkeit eventuell noch im Jahre 1982 aufnehmen. Die Bundesregierung beteiligt sich weiterhin konstruktiv an der Diskussion von Vorschlägen zur Stabilisierung der Rohstoffexporterlöse der Entwicklungsländer.

Die 3. VN-Seerechtskonferenz wird im Frühjahr 1982 mit der XI. Session in New York fortgeführt. Bei den Verhandlungen wird die Bundesregierung gemeinsam mit anderen Tiefseebergbaustaaten auf wesentliche Verbesserungen — vor allem bezüglich des Marktzugangs der Unternehmen sowie bei rechtlichen und institutionellen Fragen — dringen.

37. Die Wirtschaftsbeziehungen zu den Staatshandelsländern werden auf absehbare Zeit durch das enge Warenangebot und die begrenzte Finanzkraft dieser Länder eingeschränkt bleiben. Die UdSSR stellt mit ihrem Lieferpotential im Rohstoff- und Energiebereich eine Ausnahme dar. Die künftige Entwicklung des Ost-West-Handels wird wesentlich davon abhängen, inwieweit es den Staatshandelsländern gelingt, durch ein wettbewerbsfähiges Güterangebot sich verstärkt in das Welthandelssystem zu integrieren. Dabei werden die Möglichkeiten zur Unternehmenskooperation, des wechselseitigen Marktzugangs und — in vertretbaren Grenzen — der Fortführung unserer Bürgschaftspolitik eine wichtige Rolle spielen. Für die Gestaltung der Wirtschaftsbeziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu den Staatshandelsländern werden neben

den wirtschaftlichen Faktoren auch die weltpolitischen Rahmenbedingungen von Bedeutung sein.

III. Ordnungs- und Strukturpolitik

38. Die grundsätzliche Orientierung der Wirtschaftspolitik an marktwirtschaftlichen Prinzipien ist eine wesentliche Ursache für die vergleichsweise starke Stellung, die die deutsche Volkswirtschaft auch gegenwärtig in der Weltwirtschaft einnimmt. Die Bundesregierung geht davon aus, daß auch künftig hohe wirtschaftliche Leistungen nur im Rahmen der sozial gestalteten Marktwirtschaft erreichbar sind. Dabei sind Leistungs- und Sozialkomponente eng miteinander verbunden: so, wie soziale Sicherheit nicht ohne ein funktionierendes Leistungssystem möglich ist, ist ökonomische Leistung auf Dauer nicht denkbar ohne soziale Sicherung und einen breiten sozialen Konsens.

In den nächsten Jahren kommt es vor allem darauf an, das marktwirtschaftliche Leistungssystem intakt zu halten und entstandene Störungen soweit wie möglich abzubauen. Die Herausforderungen des weltweiten Strukturwandels und der zunehmende internationale Wettbewerb erfordern die volle Entfaltung und Stärkung der Leistungskraft unserer Wirtschaft.

39. Neue Herausforderungen ergeben sich auch durch die zunehmende Neigung, notwendige Anpassungen an den weltweiten Strukturwandel mit protektionistischen Mitteln zu verzögern oder gar zu verhindern. An die Stelle der durch internationale Verträge verbotenen klassischen Instrumente des Protektionismus treten daher vielfach neue, zum Teil schwerer faßbare Eingriffe in den internationalen Wettbewerb (z. B. Selbstbeschränkungsabkommen und andere nichttarifäre Handelshemmnisse sowie nationale Beihilfen). Unabhängig von ihrer Form fordert jede protektionistische Maßnahme Reaktionen heraus. Es ist deshalb notwendig, international die Einsicht wieder zu stärken, daß nationale Probleme durch Abschottung und gezielte Bevorzugung der eigenen Industrie, z. B. durch die Gewährung sektoraler Beihilfen, nicht zu bewältigen sind. Ihre Lösung wird allenfalls verzögert und dadurch nocht beträchtlich erschwert. Die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung für Wohlstand, Wachstum, Beschäftigung und soziale Sicherheit werden auf diese Weise jedoch zunichte gemacht.

Wettbewerbs- und Verbraucherpolitik

40. Vor dem Hintergrund zunehmenden Wettbewerbsdrucks und weltmarktbedingter Anpassungszwänge bleibt es zentrale Aufgabe der Wettbewerbspolitik, für wettbewerbliche Rahmenbedingungen zu sorgen, die die Anpassungsfähigkeit und die Leistungskraft der Wirtschaft sichern und steigern.

Die Bundesregierung sieht in einer konsequenten Anwendung des kartellrechtlichen Instrumentariums einen wichtigen Beitrag zur Mobilisierung von Wachstumschancen und zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsposition der deutschen Wirtschaft. Dies gilt auch für die Praxis der Fusionskontrolle bei grenzüberschreitenden Zusammenschlüssen, die keine rechtliche Privilegierung gegenüber reinen Inlandszusammenschlüssen erfahren dürfen, wenn Gesetzesumgehungen größeren Ausmaßes, insbesondere auch zu Lasten kleiner und mittlerer Unternehmen im Inland, vermieden werden sollen.

Darüber hinaus wird die Bundesregierung verstärkt auf die Durchsetzung wettbewerblicher Prinzipien auch dort hinwirken, wo im Bereich der öffentlichen Hand das Kartellrecht keine unmittelbare Anwendung findet. Die neue Praxis des Bundesministers für Verkehr, bei bestimmten verkehrsrechtlichen Tarifgenehmigungen auch ohne gesetzliche Verpflichtung wettbewerbsrechtliche Grundsätze anzuwenden, ist ein deutlicher Schritt in diese Richtung. In diesem Zusammenhang hat die Bundesregierung die Deutsche Bundesbahn aufgefordert, Drittlandkohle bei sonst gleichen Beförderungsbedingungen tariflich in Zukunft nicht mehr teurer als EG-Kohle einzustufen.

Den auf grenzüberschreitende Kartellabsprachen und Selbstbeschränkungsabkommen drängenden Kräften gilt es, energischer entgegenzuwirken. Internationale Kartellabsprachen zur Erleichterung von Anpassungsproblemen in bestimmten Branchen können allenfalls vorübergehend und ausnahmsweise nur dann in Betracht kommen, wenn sichergestellt ist, daß auf Erhaltungssubventionen verzichtet und die zeitweise Dämpfung des Wettbewerbs zur Beseitigung struktureller Branchenschwächen, insbesondere zum Abbau von Überkapazitäten, genutzt wird.

41. Entsprechend der Ankündigung im vorjährigen Bericht sollen die wettbewerbs- und verbraucherpolitischen Rahmenbedingungen auch durch eine Änderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb weiter verbessert werden. Diese Änderung soll insbesondere die Rechtsposition des Verbrauchers stärken. Die Bundesregierung wird einen entsprechenden Gesetzentwurf in Kürze den gesetzgebenden Körperschaften zuleiten.

Im Bereich der Verbraucherpolitik hat der gesundheitliche Schutz des Verbrauchers hohe Priorität. Insbesondere auf dem Markt für Tierarzneimittel hat die Aufdeckung von illegalen Praktiken gezeigt, daß die in den letzten Jahren geschaffenen Vorschriften zum Schutze des Verbrauchers nicht ausreichen. Die Bundesregierung hat deshalb einen Gesetzentwurf zur Änderung des Arzneimittelgesetzes vorgelegt, der schärfere Regelungen zur Überwachung des Verkehrs mit Tierarzneimitteln und eine bessere Überwachung des Rückstandsstatus bei Lebensmitteln vorsieht.

Mittelstandspolitik

42. Für den Strukturwandel und die Wiedergewinnung eines hohen Beschäftigungsstandes spielen

kleine und mittlere Unternehmen und freie Berufe eine wichtige Rolle. Die Bundesregierung wird dies bei der Ausgestaltung ihrer Politik zur Sicherung günstiger wirtschaftlicher Rahmendaten auch künftig in Rechnung stellen.

Aufgrund der Ausdehnung des Verlustrücktrags können erstmals für den Veranlagungszeitraum 1982 Verluste bis zur Höhe von 5 Mio. DM mit den Gewinnen der beiden vorangegangenen Jahre verrechnet werden. Dadurch wird es insbesondere mittelständischen Unternehmen möglich, ihre Liquiditäts- und Finanzierungssituation durch die erweiterte Rückerstattung bereits gezahlter Steuern zu verbessern, die erhöhten Abschreibungsmöglichkeiten für bewegliche Wirtschaftsgüter und Betriebsgebäude stärker zu nutzen und Durststrecken nach größeren Erweiterungs- oder Umstellungsinvestitionen besser durchzustehen. Auch die Erhöhung des Sonderausgaben-Vorwegabzugs für Vorsorgeaufwendungen ab 1. Januar 1982 verbessert die steuerrechtlichen Rahmenbedingungen für die Selbständigen. Die Bundesregierung unterstützt Bemühungen, die Wettbewerbssituation der selbständig Tätigen zu verbessern, so z. B. durch die Öffnung der freiwilligen Kfz-Überwachung für freiberufliche Sachverständige.

Die bewährten Maßnahmen zur Leistungssteigerung, zur Verbesserung der Finanzierungsbedingungen bestehender sowie für die Gründung neuer mittelständischer Existenzen werden ebenso wie die Förderung von Forschung und Entwicklung in Klein- und Mittelunternehmen fortgeführt. Die Vergabebedingungen des Eigenkapitalhilfeprogramms der Bundesregierung zur Förderung von gewerblichen und freiberuflichen Existenzgründungen sind ab Anfang 1982 in einigen Punkten verbessert worden. Unter anderem wurde der Höchstbetrag der Eigenkapitalhilfe auf 120 000 DM (im Zonenrandgebiet und in Berlin auf 140 000 DM) angehoben. Das zinsverbilligte Sonderprogramm für Investitionskredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau wird auch 1982 noch schwerpunktmäßig die Investitionsfinanzierung bei Klein- und Mittelunternehmen erleichtern. Die Zuschüsse für Forschungs- und Entwicklungspersonal, für die 1982 wiederum 390 Mio. DM angesetzt sind, werden künftig auf Unternehmen bis 500 Beschäftigte und 50 Mio. DM Jahresumsatz konzentriert. Damit wird — bei unverändertem Fördersatz von 40 % — die mittelstandspolitische Ausrichtung des Programms unterstrichen. Das 1982 anlaufende Sonderprogramm „Anwendung der Mikroelektronik" wird durch seine Ausgestaltung als indirekt-spezifische Maßnahme dazu beitragen, die innovative Anpassungsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen zu erhöhen. Die Bundesregierung wird prüfen, ob und wie die Bedingungen für innovationsorientierte Unternehmensgründungen weiter verbessert werden können.

Berufliche Bildung

43. Das Ausbildungsstellenangebot ist 1981 — im Vergleich zum Vorjahr — zurückgegangen. Erheblich vermindert hat sich der globale Überschuß von unbesetzten Ausbildungsstellen gegenüber nicht untergebrachten Bewerbern. Die Bundesregierung appelliert deshalb an alle Arbeitgeber, durch entsprechende Anstrengungen diese Entwicklung 1982 wieder umzukehren, damit alle Jugendliche eine qualifizierte Berufsausbildung erhalten können und noch vorhandene sektorale und regionale Ungleichgewichte auf dem Ausbildungsstellenmarkt abgebaut werden. Dringend sind vor allem mehr Angebote für junge Frauen sowie für besonders benachteiligte Gruppen wie z. B. ausländische Jugendliche. Die verstärkte Ausbildung der jetzt die Schulen verlassenden geburtenstarken Jahrgänge sollte die Wirtschaft auch als ein geeignetes Mittel ansehen, dem auf Teilmärkten bestehenden oder zu erwartenden Facharbeitermangel entgegenzuwirken, der wachstumshemmend wirken und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft beeinträchtigen kann.

Sektorale Strukturpolitik

44. Die deutsche Wirtschaft ist auch 1982 vor die Aufgabe gestellt, sich zügig an tiefgreifend veränderte weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen anzupassen. Das gilt nicht nur für die Gesamtwirtschaft, sondern insbesondere für eine Reihe von wichtigen Sektoren und Regionen.

In den exportorientierten Bereichen hat es 1981 zwar, vor allem aufgrund des insgesamt erheblich gesunkenen Außenwerts der D-Mark im Verhältnis zu wichtigen anderen Währungen, eine beachtliche Entlastung gegeben. Gleichwohl bedarf es weiterhin großer Anstrengungen, die Wettbewerbskraft nachhaltig zu stärken. Dies ist auch Voraussetzung für eine dauerhafte Beseitigung des Leistungsbilanzdefizits.

45. Gerade in Zeiten gedämpften Wirtschaftswachstums kommt es auf unternehmerische Initiative und Risikobereitschaft an, um Produkte und Verfahren zu entwickeln, die sich im internationalen Wettbewerb durchsetzen können. Dies stellt zugleich hohe Anforderungen an die Arbeitnehmer. Sie müssen nicht nur räumliche Mobilität beweisen, sondern auch ständige Bereitschaft zur Fortbildung und zum Umgang mit neuen Techniken. Die Bundesregierung hat in ihrer Stellungnahme zu den Strukturberichten (BT-Drucksache 9/762) betont, daß sie sich einer pauschalen Kritik an technischem Fortschritt und Produktivitätswachstum nicht anschließen kann. Die Risiken für bestehende Arbeitsplätze werden nach ihrer Auffassung mehr als kompensiert durch die längerfristigen Chancen für Wachstum und Beschäftigung, die der technische Fortschritt auch über eine Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit eröffnet.

46. Aufgabe staatlicher Strukturpolitik wird es auch 1982 sein, die Anpassungsvorgänge insbesondere durch verläßliche Rahmenbedingungen zu erleichtern. In Phasen intensiver Anpassungszwänge werden besonders häufig Forderungen an den Staat

herangetragen, schmerzhafte Anpassungsprozesse durch finanzielle Hilfen abzumildern. Die Bundesregierung weist darauf hin, daß in solchen Fällen nicht allein die Interessen der unmittelbar Betroffenen berücksichtigt werden dürfen, sondern daß letztlich die gesamtwirtschaftliche Sicht entscheidend sein muß, wenn nicht auf Dauer spürbare Effizienzverluste und damit Arbeitsplatzrisiken in wesentlich größerem Umfang in Kauf genommen werden sollen. Auch bei Anpassungshilfen, die zum Ziel haben, bruchartige Entwicklungen zu vermeiden, muß gewährleistet sein, daß die Anpassung damit nicht letztlich weitgehend verhindert wird und schließlich nur noch größerer Anpassungs- und Stützungsbedarf entsteht.

Eine noch kritischere Überprüfung finanzieller Hilfen als bisher ist auch durch die geringer gewordenen Spielräume in den öffentlichen Haushalten geboten. Die Bundesregierung hat durch die Beschlüsse zum Bundeshaushalt 1982 dokumentiert, daß sie der Unterstützung von Investitionen — vor allem durch Verbesserung der steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten — Priorität einräumt, während für eine Reihe von Bereichen ein Subventionsabbau vorgeschlagen wurde. Auch in Zukunft soll der Abbau bzw. die Umstrukturierung der Subventionen fortgesetzt werden.

47. Die Bundesregierung sieht mit großer Sorge, daß Partnerstaaten in der EG in vielen Industriezweigen insbesondere angesichts drohender Arbeitsplatzverluste Zuflucht zu sektoralen Beihilfen nehmen, die vielfach den Charakter von Erhaltungssubventionen tragen. Diese führen dann dazu, daß Arbeitslosigkeit aus diesen Staaten auch in die Bundesrepublik verlagert wird. Die Bundesregierung ist nicht bereit, vertragswidrige Beihilfepraktiken hinzunehmen; sie wird deshalb alle geeigneten Schritte unternehmen, diesen zu begegnen. Die Bundesregierung hält andererseits die finanzielle Unterstützung der Wirtschaft, selbst wenn sie dem Ausgleich von Wettbewerbsnachteilen dient, oder außenwirtschaftliche Schutzmaßnahmen nicht für einen geeigneten Ansatz zur Lösung von Strukturproblemen. Im Ergebnis blieben nämlich die Probleme in den betroffenen Branchen gemeinschaftsweit ungelöst, mit allen negativen Konsequenzen für andere Branchen, die Verbraucher und die Gesamtwirtschaft.

Strukturberichterstattung

48. Die Bundesregierung hat im vergangenen Jahr zu den fünf vorgelegten Strukturberichten ausführlich Stellung bezogen (BT-Drucksache 9/762). Sie vertrat dabei die Auffassung, daß diese Berichte insgesamt die Erwartungen erfüllen und die angekündigte Fortsetzung und Weiterentwicklung der Strukturberichterstattung rechtfertigen. Auch Länder, Gewerkschaften und Spitzenverbände der Wirtschaft, die von der Bundesregierung angehört wurden, äußerten sich überwiegend positiv.

Im Juli 1981 wurden den beteiligten Forschungsinstituten auf der Grundlage der bewährten Grundsätze (vgl. Jahreswirtschaftsbericht 1981, Ziffer 41) neue Aufträge erteilt. Im Rahmen gemeinsamer Untersuchungsthemen sollen alle Institute die Ursachen und Entwicklungslinien des Strukturwandels herausarbeiten, die Wechselbeziehungen zwischen Strukturwandel und gesamtwirtschaftlicher Entwicklung darstellen, die Wirkungen staatlicher Interventionen, insbesondere von Subventionen, analysieren sowie Abbau- und Verbesserungsmöglichkeiten in diesem Bereich aufzeigen. Eine Reihe von Themen soll darüber hinaus von jeweils drei Instituten vertieft werden (Schwerpunktthemen). Sie betreffen strukturelle und gesamtwirtschaftliche Aspekte in den Bereichen Arbeitsmarkt, Geldpolitik und Inflation, internationale Wettbewerbsfähigkeit, Energiepreise und Strukturveränderungen im öffentlichen Sektor. Die Einführung dieser Untersuchungsschwerpunkte soll mit dazu beitragen, die einzelnen Berichte zu straffen und die Kosten des Gesamtprojekts zu senken.

Die nächsten Strukturberichte sollen bis Ende 1983 vorliegen und einen Beobachtungszeitraum ab 1960 umfassen, mit größerem Gewicht auf dem jüngsten Jahrzehnt. Datenmäßig sollen die kommenden Berichte den Zeitraum bis 1981 mit tiefgegliederten Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen abdecken. Das bedeutet, daß auch die starken binnen- und außenwirtschaftlichen Veränderungen der letzten Jahre, vor allem die Auswirkungen der zweiten Ölpreiserhöhung und die Verschlechterung der deutschen Leistungsbilanz, im Rahmen einer längerfristig angelegten Strukturanalyse behandelt werden. In dieser Zeit wird die Bundesregierung prüfen, wie die Strukturberichterstattung im Rahmen der vorgegebenen Eckwerte fortentwickelt werden kann, um ihre Nutzbarkeit für die Strukturpolitik zu verbessern. Dabei wird insbesondere zu überlegen sein, wie die Aktualität der Strukturberichte erhöht werden kann.

Sektorale Strukturpolitik in besonderen Bereichen

49. Zur Überwindung der Strukturkrise in der europäischen Stahlindustrie hat der EG-Ministerrat im Juni 1981 kurz- und mittelfristig angelegte Maßnahmen beschlossen. Der kurzfristigen Marktstabilisierung und schrittweisen Wiedergewinnung kostendeckender Stahlpreise dienen Maßnahmen, die sich auf Mengen, Preise und außenwirtschaftlichen Schutz beziehen. Zur mittelfristigen Gesundung der EG-Stahlindustrie soll namentlich die Verschärfung des auf sämtliche Beihilfen in der Stahlindustrie anzuwendenden Subventionskodex beitragen, der für die Gewährung von Beihilfen neben klaren Fristen enge materielle Voraussetzungen vorsieht. Dazu gehören insbesondere genau festgelegte Umstrukturierungsprogramme zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit und Rentabilität aus eigener Kraft, Abbau der Produktionskapazitäten, Degressivität der Beihilfen und Verbot solcher Beihilfen, die zu Wettbewerbsverzerrungen führen und die Handelsbedingungen in einer den gemeinsamen Interessen zuwiderlaufenden Weise verändern. Die Bundesregierung erwartet von der EG-Kommission, daß

sie den Kodex strikt durchsetzt und daß die Regierungen der übrigen Mitgliedstaaten — ebenso wie sie selbst — keinen Zweifel an der Beachtung der Beschlüsse aufkommen lassen. Sie behält sich vor, Schutzmaßnahmen entsprechend Artikel 37 EGKS-Vertrag für den Fall zu beantragen, daß am deutschen Stahlmarkt wegen Importen von subventioniertem Stahl aus anderen Ländern erneut ein Preisverfall droht.

Stahlindustrie und Stahlhandel bemühen sich inzwischen um kostendeckende Preise. Die Bundesregierung verkennt nicht, daß die damit verbundenen Preiserhöhungen, namentlich ihr Tempo, die Stahlverarbeiter vor erhebliche Probleme stellen. Sie hat Verständnis für die Sorgen, die der überwiegend mittelständisch geprägte Verarbeitungsbereich im Hinblick auf eine marktgerechte Verteilung der Anpassungslasten vorbringt. Andererseits muß auch gesehen werden, daß Stahlverarbeitern am Fortbestand einer wettbewerbsfähigen deutschen Stahlindustrie gelegen ist.

Die Schwierigkeiten am europäischen Stahlmarkt in den vergangenen Jahren haben bei der deutschen Stahlindustrie zu einem Substanzverzehr geführt, so daß viele Unternehmen ihre dringend notwendigen Modernisierungs- und Umstellungsmaßnahmen nicht mehr voll aus eigener Kraft vornehmen können. Die Bundesregierung hat deshalb ein befristetes Förderprogramm beschlossen. Dazu gehören das Gesetz über Investitionszulagen für Investitionen in der Eisen- und Stahlindustrie, die verstärkte Fortführung des Stahlforschungsprogramms und die Verbesserung der Umstellungshilfen für aus der Stahlindustrie ausscheidende Arbeitnehmer. Darüber hinaus hat sie den Ländern angeboten, Anträge auf Gewährung der regionalen Investitionszulage von 8,75 % zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen in von der Stahlkrise besonders betroffenen Regionen außerhalb bestehender Fördergebiete zu unterstützen, sofern die betroffenen Länder allein zur Lösung der dadurch entstehenden zusätzlichen Arbeitsmarktprobleme nicht in der Lage sind. Investitionshilfen für die Stahlindustrie müssen mit dem Subventionskodex vereinbar sein und sind an die Vorlage tragfähiger, plausibler und konkreter Unternehmenskonzepte gebunden. Sie setzen die äußersten, zumutbaren Leistungen der Wirtschaft, insbesondere der Eigentümer, sowie einen angemessenen Kapazitätsabbau voraus. Soweit möglich, müssen dabei auch unternehmensübergreifende Rationalisierungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden.

50. Das vom Bund gemeinsam mit sechs Ländern finanzierte Auftragshilfeprogramm zum Ausgleich internationaler Wettbewerbsverzerrungen im Schiffbau ist Ende 1981 ausgelaufen. Es hat seinen Zweck erfüllt, indem es zur Verbesserung der Auftragslage beigetragen und die Durchführung der erforderlichen Anpassungsmaßnahmen erleichtert hat. Um den Werften eine flexiblere Anpassung an international übliche Finanzierungen zu ermöglichen, ist als Übergangsregelung für das Jahr 1982 im Rahmen des VIII. Werfthilfeprogramms eine Erhöhung der Zinsverbilligung von bisher höchstens zwei auf maximal vier Prozentpunkte vorgesehen.

51. Die Bundesregierung wird demnächst die Leitlinien für die Luft- und Raumfahrtindustrie fortschreiben. Hierbei stehen Bemühungen im Vordergrund, die Kontinuität in diesem technologisch bedeutsamen Industriezweig trotz der Einschränkungen bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Fördermitteln sicherzustellen. Von der Industrie werden insbesondere beim Airbus-Programm erhöhte Anstrengungen erwartet, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.

Energiepolitik

52. Die Risiken auf dem Weltölmarkt sind im Prinzip unverändert. Darüber darf auch die seit Frühjahr 1981 andauernde entspannte Lage auf dem Weltölmarkt nicht hinwegtäuschen. Dies bedeutet, daß auch die Unsicherheiten für die Ölversorgung der Bundesrepublik Deutschland anhalten. Die Aufgabenstellung für die deutsche Energiepolitik besteht deshalb — in Übereinstimmung mit den im internationalen Rahmen vereinbarten Grundsätzen — nach wie vor in weiteren Anstrengungen zur Einsparung von Energie, insbesondere von Öl, und der verläßlichen Versorgung mit allen alternativ zum Öl verfügbaren Energieträgern zu volkswirtschaftlich vertretbaren Bedingungen.

Die Bundesregierung hat im November 1981 in der Dritten Fortschreibung des Energieprogramms ihre energiepolitischen Ziele und die Politik zu ihrer Verwirklichung dargelegt (BT-Drucksache 9/983). Sie sieht deshalb davon ab, die Schwerpunkte ihrer Energiepolitik in diesem Jahreswirtschaftsbericht nochmals vorzulegen.

Umweltpolitik

53. Die Umweltpolitik der Bundesregierung zielt darauf ab, Umweltschäden und durch Umweltbelastungen verursachte Einschränkungen der Flächennutzung von vornherein zu vermeiden. Mit den knappen natürlichen Ressourcen und mit dem knappen Gut Boden muß sparsam umgegangen werden. Die auf dieser Grundlage konzipierte Umweltpolitik der Bundesregierung schafft auch die Voraussetzungen für eine langfristige Sicherung der Existenzgrundlagen der deutschen Volkswirtschaft und damit auch der Arbeitsplätze. Ebenso ist eine leistungsfähige Volkswirtschaft notwendige Grundlage für eine wirksame Umweltpolitik. Die bisherigen Untersuchungen über die Arbeitsplatzeffekte des Umweltschutzes zeigen, daß die Umweltpolitik in den vergangenen Jahren im Ergebnis zur Stabilisierung des Beschäftigungsstandes beigetragen hat. Im Rahmen der vorliegenden Strukturberichte der Wirtschaftsforschungsinstitute wird bestätigt, daß die Umweltpolitik insgesamt die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nicht gefährdet hat. Die Umweltpolitik der Bundesregierung hat sich insgesamt als positive Herausforderung für die Innovationskräfte der Marktwirtschaft bewährt. Für die Bundesregierung kommt da-

her ein Abbau von Umweltschutzanforderungen nicht in Betracht.

In den nächsten Jahren geht es neben dem konsequenten Vollzug und der Weiterentwicklung des vom Bundesgesetzgeber geschaffenen wirksamen Umweltrechts vor allem darum, die Entwicklung und den Einsatz neuer umweltschonender Produktionsverfahren und Produkte noch stärker als bisher voranzutreiben. Denn eine umfassende und gesamtwirtschaftlich kostengünstige Verminderung der Umweltbelastungen ist vor allem durch Maßnahmen an den Entstehungsquellen selbst zu erzielen. Zunehmend an Bedeutung gewinnt hierbei im Rahmen des bestehenden Umweltrechts der Einsatz von marktwirtschaftlich orientierten Lenkungsinstrumenten, die den umweltpolitischen Anforderungen entsprechen und geeignet sind, die Eigeninitiative der Marktteilnehmer zu stärken und fortdauernde Anreize zur umweltschonenden Umstrukturierung wirtschaftlicher Prozesse zu schaffen. Vor allem unter diesen Gesichtspunkten wurden auf Initiative der Bundesregierung u. a. die Abwasserabgabe eingeführt und die Sonderabschreibungsregelungen für Umweltschutzinvestitionen nach § 7d EStG verbessert. Mit gleicher Zielsetzung werden darüber hinaus gegenwärtig Verhandlungen mit der Kraftfahrzeugindustrie und anderen Wirtschaftsbereichen geführt sowie in der vorgesehenen neuen technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft die flexiblen Ausgleichsregelungen im Rahmen einer „Sanierungsklausel" weiter verbessert; danach können neue Anlagen unter bestimmten Voraussetzungen auch dann genehmigt werden, wenn weitergehende Emissionsverminderungen durch Maßnahmen an Anlagen von Dritten erzielt werden. Die Umweltpolitik der Bundesregierung ist auch international anerkannt; sie billigt dem einzelnen im Rahmen eines wirksamen Umweltschutzes und der marktwirtschaftlichen Ordnung weitgehende Entscheidungsfreiheit zu.

Zur Flankierung ihrer Umweltpolitik nach außen räumt die Bundesregierung der verstärkten Harmonisierung umweltpolitischer Anforderungen im internationalen und supranationalen Rahmen einen hohen Stellenwert ein.

Bei der Entwicklung und Durchführung energiepolitischer Maßnahmen sind wirtschafts- und umweltpolitische Aspekte zugleich zu beachten. Besondere Bedeutung kommt hier der Energieeinsparung zu, denn rationeller und sparsamer Umgang mit Energie ist auch ein Beitrag zum Umweltschutz.

Im Hinblick auf eine bessere Koordination und Verminderung der vielfältigen, konkurrierenden Ansprüche an Grund und Boden wird der Raumordnung und Landesplanung eine wachsende Bedeutung bei der Unterstützung der umwelt- und wirtschaftspolitischen Ziele beigemessen.

Regionale Strukturpolitik

54. Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" wurde 1981 mit einer deutlichen Reduzierung der Fördergebiete und einer Herabsetzung der Förderhöchstsätze eine Konzentration der knappen Mittel erreicht; die Effizienz der Regionalpolitik wird hierdurch gesteigert. Im Jahre 1982 wird der Anpassungsprozeß in der deutschen Stahlindustrie durch Förderung von Ersatzarbeitsplätzen in den besonders betroffenen Regionen regionalpolitisch zu stützen sein. Das Zonenrandgebiet wird wie bisher auch in Zukunft bevorzugt gefördert, um seine wirtschaftlichen Nachteile aus der Teilung Deutschlands und aus seiner Randlage zu den Wirtschaftszentren der Europäischen Gemeinschaft auszugleichen.

Allgemein wird es unter gesamt- wie regionalwirtschaftlichen Gesichtspunkten verstärkt darauf ankommen, die spezifischen Entwicklungschancen auszuschöpfen, die sich den einzelnen Regionen aufgrund ihrer eigenen Möglichkeiten bieten. In diesem Zusammenhang ist auch zu sehen, daß die für die Raumordnung zuständigen Minister des Bundes und der Länder in ihrem Beschluß zur Fortschreibung des Bundesraumordnungsprogramms vom 12. November 1981 übereingekommen sind, die bisher gültigen Zielsetzungen der Raumordnung zu überprüfen.

In der EG-Regionalpolitik steht nach Abschluß der Vorarbeiten für 1982 eine Neugestaltung an. Die Bundesregierung wird sich dafür einsetzen, daß das der EG-Regionalpolitik jetzt schon zur Verfügung stehende Instrumentarium wesentlich wirksamer genutzt wird, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Sie wird dabei darauf hinwirken, daß die nationalen Gestaltungsmöglichkeiten im Bereich der Regionalpolitik erhalten bleiben, soweit sie nicht durch den EWG-Vertrag eingeschränkt werden.

Dies gilt insbesondere für den Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur". Die Bundesregierung hält die Bedenken der Kommission für nicht gerechtfertigt und wird gemeinsam mit den Bundesländern in ihrer Stellungnahme für die Aufrechterhaltung der nach der Neuabgrenzung bereits spürbar reduzierten Fördergebiete eintreten.

Wirtschaftsförderung Berlin

55. Dank eigener Anstrengungen Berlins und vielgestaltiger Hilfen des Bundes ist die Berliner Wirtschaft relativ gestärkt in die derzeitige allgemeine wirtschaftliche Schwächephase hineingegangen. Auch in Zukunft wird sich die Bundesregierung im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten für Berlin um gleiche Entwicklungsmöglichkeiten wie für das übrige Bundesgebiet bemühen. Der Senat von Berlin hat der Bundesregierung Vorschläge für eine effektivere Gestaltung der Berliner Umsatzsteuerpräferenzen vorgelegt; dabei ist auch die Auffassung der Berlin-Beauftragten der deutschen Industrie berücksichtigt worden. Die Bundesregierung tritt für eine behutsame Behandlung dieser für die kontinuierliche Stärkung der Berliner Wirtschaft wichtigen Präferenz ein. Mit der zügigen Prüfung der Vor-

schläge ist im engen Kontakt mit dem Berliner Senat bereits begonnen worden.

Innerdeutsche Wirtschaftsbeziehungen

56. Die innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen haben sich 1981 positiv entwickelt, wenngleich sich die Wachstumsrate des innerdeutschen Handels gegenüber dem Vorjahr abgeschwächt hat. Das gesamte Umsatzvolumen belief sich auf über 12 Mrd. Verrechnungseinheiten, wobei die DDR — erstmals seit vielen Jahren — einen Überschuß im bilateralen Handelsverkehr erzielte.

Die Bundesregierung ist weiterhin an einem Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit der DDR interessiert. Sie hat der Regierung der DDR bei der Zusammenkunft zwischen Bundeskanzler Schmidt und Generalsekretär Honecker am Werbellinsee Ende letzten Jahres konkrete Vorschläge unterbreitet, die geeignet sind, die Qualität des Handels zu verbessern und eine weiterhin positive Entwicklung zu unterstützen.

Bei diesem Treffen kam man überein, daß die 1974 vereinbarte Swingregelung — der technische Überziehungskredit im bilateralen Verrechnungsverkehr — bis Ende Juni 1982 verlängert wird und im ersten Halbjahr 1982 Verhandlungen mit dem Ziel einer längerfristigen Regelung geführt werden.

C. Stellungnahme[1]) der Bundesregierung zum Jahresgutachten 1981/82 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

57. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Rat) hat der Bundesregierung am 19. November 1981 sein Jahresgutachten 1981/82 (JG) mit dem Titel „Investieren für mehr Beschäftigung" übergeben. Die Bundesregierung dankt dem Rat für seine gründliche Analyse der gesamtwirtschaftlichen Situation und die Erörterung von Möglichkeiten, mit denen die verschiedenen Bereiche der Wirtschaftspolitik zur Überwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten beitragen können.

58. Bundesregierung und Rat stimmen in der Beurteilung von Weltkonjunktur und binnenwirtschaftlicher Entwicklung weitgehend überein. Die nunmehr fast zwei Jahre währende Wachstumsschwäche in der Bundesrepublik Deutschland ist im Kern nicht als zyklischer Abschwung herkömmlicher Prägung zu bewerten, sondern als eine vornehmlich durch Störungen von außen hervorgerufene hartnäckige Stockungsphase, deren Bewältigung durch hausgemachte Probleme erschwert worden ist (Ziffer 270 JG).

59. Keine Fehlentwicklung in der deutschen Wirtschaft ist nach dem Urteil des Rates gravierender als die hohe und weiter steigende Arbeitslosigkeit (Ziffer 328 JG). Im Mittelpunkt seiner wirtschaftspolitischen Erörterungen steht deshalb die Frage, auf welchen Wegen eine Milderung und allmähliche Überwindung des Beschäftigungsproblems erreichbar ist.

Die Bundesregierung begrüßt das Bemühen der Sachverständigen, dabei unterschiedliche Ansätze der Wirtschaftspolitik voneinander abzugrenzen und zu würdigen (Ziffer 292 ff. JG). Einseitige defensive wirtschaftspolitische Strategien, wie beschleunigte allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit oder freiwilliger Verzicht auf Produktivitätsfortschritte, sind nach Auffassung des Rates ungeeignet, die wirtschaftlichen Probleme zu lösen (Ziffer 293 JG). Sie versprechen auch nach Meinung der Bundesregierung kaum Erfolg. Solche Forderungen unterschätzen die negativen Rückwirkungen entsprechender Maßnahmen auf das Arbeitsplatzangebot und das gesamte Wohlstandsniveau.

Wie der Rat sieht auch die Bundesregierung den entscheidenden Ansatz zur notwendigen Vergrößerung des Arbeitsplatzangebots in einer offensiven Strategie. Hierzu zählt neben einer stabilitätsorientierten Geldpolitik sowie einer marktgerechten und beschäftigungsorientierten Lohnpolitik der Tarifparteien auch das Bemühen des Staates, die Wachstumsbedingungen zu verbessern (Ziffern 294, 300 JG). Die Absage der Gutachter an ein herkömmliches staatliches Ausgabenprogramm zur Förderung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage beruht auf der Befürchtung, daß unter den derzeitigen Bedingungen solche Maßnahmen auf mittlere Sicht eher zusätzliche Beschäftigungsrisiken mit sich brächten (Ziffer 300 ff. JG). Die wirtschaftspolitische Aufgabe der kommenden Jahre darf sich nicht darin erschöpfen, eine nur kurzfristige Belebung der Nachfrage und der Produktion einzuleiten. Vielmehr gilt es, eine nachhaltige Steigerung der Investitionstätigkeit auszulösen und so in der Industrie und im Dienstleistungsgewerbe die dringend notwendigen zusätzlichen Arbeitsplätze zu schaffen.

60. Für die Finanzpolitik bezeichnet der Rat die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte als zentrale Aufgabe. Sie müsse vor allem durch eine mehrjährige Begrenzung des Ausgabenanstiegs (unterproportional zum Sozialproduktswachstum) sowie durch eine wachstumsfördernde Umgestaltung der Staatsausgaben und des Steuersystems erreicht werden (Ziffern 367, 373 JG). Die Beschlüsse der Bundesregierung zum Haushalt 1982 würdigt das Gutachten als einen angemessenen ersten Schritt (Ziffer 346 JG). Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß die finanzpolitischen Anstrengungen auch über 1982 hinaus weiter verfolgt werden müssen.

Das Plädoyer des Rates für mehr öffentliche Investitionen (bzw. eine Rücknahme von Kürzungen) und die Kritik an den zu geringen Abstrichen im „konsumtiven" Bereich orientieren sich an zu formalen Kategorien der öffentlichen Ausgaben (Ziffern 350, 375, 386 JG), die nur zum Teil Rückschlüsse auf die unterschiedlichen ökonomischen Wirkungen zulassen. Jede einzelne Ausgabe in den Haushaltsplänen aller Gebietskörperschaften muß auf ihre finanzpolitische Zwecksetzung und den gesamtwirtschaftlichen Effekt hin beurteilt werden.

Die Ansicht des Rates, daß konjunkturbedingte Steuermindereinnahmen und Mehrausgaben hinzunehmen und durch zusätzliche Kreditaufnahme zu finanzieren seien (Ziffer 345 JG), wird von der Bundesregierung grundsätzlich geteilt. Die Gutachter weisen jedoch zu Recht darauf hin, daß die Abgrenzung zwischen konjunkturbedingtem und strukturellem Defizit schwierig ist (Ziffern 251, 372 JG).

61. Angesichts wachsender Beschäftigungsprobleme und immer noch hoher Preissteigerungsra-

[1]) Wie in den vorangegangenen Jahreswirtschaftsberichten nimmt die Bundesregierung nicht nur im Teil C, sondern auch in anderen Teilen im Sachzusammenhang zum Jahresgutachten 1981/82 des Sachverständigenrates Stellung.

ten appellieren die Sachverständigen an die Tarifparteien, den lohnpolitischen Spielraum nicht abermals zu überschätzen (Ziffer 413 JG). Für das Jahr 1982 rechnet der Rat in seiner Prognose mit Abschlüssen, die deutlich unter denen des Jahres 1981 liegen (Ziffer 286 JG). Mit niedrigeren Einkommenszuwächsen wäre allerdings nach seiner Auffassung wenig gewonnen, wenn später um so höhere Tarifanhebungen folgten. Der Rat hält deshalb zu Recht eine lohnpolitische Grundlinie für notwendig, die mittelfristig verläßliche Perspektiven bietet, so daß mehr Produktion und mehr Beschäftigung nicht an den Kosten bzw. den Erwartungen hierfür scheitern (Ziffer 416 JG).

62. In seinen Ausführungen über den bisherigen geldpolitischen Kurs bestätigt der Sachverständigenrat der Deutschen Bundesbank, daß sich erste Erfolge ihrer Politik abzeichnen. Er hält es für gerechtfertigt, daß der Zuwachs der Zentralbankgeldmenge 1981 im unteren Bereich des Zieltrichters gehalten wurde (Ziffer 192 ff. JG). Für die Zukunft erscheint es ihm jedoch angebracht, die Geldmengenexpansion wieder stärker auf einen mittelfristig angelegten und potentialorientierten Kurs zurückzuführen. Abweichungen hiervon sollten auf Ausnahmesituationen beschränkt bleiben (Ziffer 400 JG). Die Bundesregierung schließt sich dieser Auffassung an. Die vom Rat für 1982 als angemessen erachtete Ausweitung der Zentralbankgeldmenge um $5^1/_2$% im Jahresverlauf liegt in der Mitte des von der Deutschen Bundesbank vorgesehenen Zielkorridors von wiederum 4 bis 7%. Dieser bietet bei der unterstellten Rate für den unvermeidbaren Preisanstieg genügend Spielraum für die notwendige wirtschaftliche Erholung.

63. Der Rat hat dargelegt, wie und unter welchen Bedingungen die verschiedenen Bereiche der Wirtschaftspolitik in die Lage versetzt werden können, wirkungsvoller als bisher Initiativen zur Überwindung des Beschäftigungsproblems zu ergreifen (Ziffer 328 ff. JG). Wenn Gewerkschaften, Unternehmen und Staat sich dazu wechselseitig einen Vertrauensvorschuß einräumten, könnten Wachstumskräfte freigesetzt werden, die sonst nicht nutzbar wären.

Wesentlicher Eckpfeiler einer solchen Strategie ist auch nach Auffassung der Bundesregierung ein beschäftigungspolitischer Konsens der Tarifparteien (Ziffer 335 ff. JG). Ein solcher Konsens kann jedoch in einer freiheitlichen Wirtschafts- und Sozialordnung mit pluralistischen Interessen wohl nur erreicht werden, wenn beide Seiten ihre gegenseitige und gesamtwirtschaftliche Verantwortung erkennen und sie als Maßstab für ihr Handeln nehmen. Die Gutachter weisen zu Recht darauf hin, daß die Bemühungen um einen beschäftigungspolitischen Konsens sich nicht einseitig auf die Lohnpolitik, sondern auch auf andere Aktionsfelder und Verhaltensweisen erstrecken sollten. Hinsichtlich der Verteilungspolitik sollte — wie die Gutachter betonen — für eine Reihe von Jahren die Sicherung der Reallöhne im Vordergrund stehen (Ziffer 337 JG). Der gesamtwirtschaftliche Produktivitätsfortschritt stünde dann für die Ertragsverbesserung der Unternehmen zur Verfügung, eine Grundvoraussetzung für die Überwindung der Stagnation und für mehr Arbeitsplätze (Ziffer 286 JG).

Die Konsequenzen eines solchen beschäftigungspolitischen Konsenses für die Einkommensverteilung könnten nach Ansicht des Rates durch Vereinbarungen zur Gewinn- und Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer akzeptabler gemacht werden (Ziffer 337 JG). Die Bundesregierung teilt grundsätzlich diese Auffassung. Die Schwierigkeiten, die sich aus dem engen finanziellen Spielraum in den öffentlichen Haushalten einerseits und den Vorbehalten auf seiten beider Tarifparteien andererseits ergaben, haben sich in der Vergangenheit aber als zu groß erwiesen, um hier Fortschritte zu erzielen. Es liegt in der Hand von Gewerkschaften und Unternehmen, ob und in welchem Umfang sie in den kommenden Jahren Initiativen dieser Art in ihre tarif- und unternehmenspolitischen Überlegungen einbeziehen wollen.

64. Auf der Grundlage eines beschäftigungspolitischen Konsenses und einer mittelfristigen Defizitverringerung in den öffentlichen Haushalten werden vom Rat im Vorgriff auf den so gesicherten Spielraum wachstumspolitische Maßnahmen in einer Größenordnung von 7 Mrd. DM schon 1982 für möglich gehalten (Ziffern 347, 360 JG). Der Rat knüpft seine Überlegungen allerdings ausdrücklich an diese Voraussetzungen. Nur wenn sie erfüllt sind, halten die Gutachter eine vorübergehende Ausdehnung der Kreditaufnahme im Jahre 1982 für vertretbar. Unter dieser Bedingung plädieren sie dafür, private Investitionen stärker zu fördern und ein höheres Maß an öffentlichen Investitionen aufrechtzuerhalten (Ziffer 360 JG). Die Bundesregierung hält dieses vom Rat als eine mögliche Alternative dargelegte Konzept für schlüssig.

65. Zu Recht wird im Gutachten hervorgehoben, daß die derzeitigen Beschäftigungsprobleme dauerhaft nur über mehr Investitionsdynamik zu bewältigen sind (Ziffer 349 ff. JG). Es befaßt sich daher eingehend mit der Frage, wie Störungen, die einer kräftigeren Investitionstätigkeit im Wege stehen, behoben werden können.

Ein Problem sieht der Rat darin, daß es insbesondere vielen mittelständischen Unternehmen für die erforderlichen Umstellungsinvestitionen und risikoreichen Innovationen an Risikokapital, also vor allem an ausreichenden eigenen Finanzierungsmitteln, fehlt (Ziffer 86 JG). Auch die Bundesregierung anerkennt die zentrale Bedeutung einer angemessenen Eigenkapitalausstattung insbesondere für die Widerstandsfähigkeit der Unternehmen in kritischen Phasen. Die jüngste Entwicklung der Insolvenzen ist vielfach auch Ausdruck eines unzureichenden Eigenkapitals der Unternehmen. Die Bundesregierung mißt deshalb einer spürbaren Verbesserung der Eigenfinanzierungsmöglichkeiten gerade auch der Klein- und Mittelunternehmen besondere Bedeutung zu. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik des Staates hat hier jedoch nur begrenzte Möglichkeiten. Der Eigenkapitalengpaß muß vor allem durch das Verhalten der Tarifparteien und der Unternehmen selbst überwunden werden.

Als weitere Probleme nennt der Rat die ungünstigen Finanzierungsverhältnisse der Unternehmen am Kapitalmarkt aufgrund der hohen Zinsen und des durch die starke Fristenverkürzung gestiegenen Zinsänderungsrisikos (Ziffer 216 ff. JG). Die von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen zielen darauf ab, den Kapitalmarkt zu entlasten und das Vertrauen in die längerfristige Kapitalmarktentwicklung zu stärken. Sie dürften dazu beitragen, daß den Unternehmen künftig wieder in größerem Umfang laufzeitkongruente Finanzierungsmittel für ihre Investitionen zur Verfügung stehen. Die Bundesregierung hat vor längerer Zeit bereits eine Überprüfung des gesetzlichen Kündigungsrechtes nach § 247 BGB eingeleitet (vgl. auch die Anregung des Rates in Ziffer 397 JG).

66. Zur Frage der sogenannten administrativen Investitionshemmnisse stellt der Rat fest, daß sich ein Gesamtbild darüber kaum gewinnen läßt, zumal offen ist, was als normaler Zeitbedarf für den Behördenweg von der Planung bis zur Realisierung eines Investitionsprojektes zu gelten hat (Ziffer 352 ff. JG). In der Vereinfachung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren sowie in der Lockerung von Auflagen sieht der Rat nur eine Möglichkeit der Abhilfe. Er erkennt an, daß Regulierungen im Einzelfall zumeist recht gut zu begründen sind, und schlägt daher vor, nach Lösungsansätzen zu suchen, die nicht reglementierend in Einzelentscheidungen eingreifen, sondern der Wirtschaft einen Rahmen setzen, der Entscheidungsfreiheit im einzelnen zubilligt.

67. Auch mit der Steuerpolitik befaßt sich der Rat hauptsächlich unter dem Aspekt, wie diese zur Belebung der Investitionstätigkeit beitragen könne (insbesondere Ziffer 387 ff. JG). Die Bundesregierung sieht in diesen Ausführungen eine weitgehende Bestätigung des von ihr verfolgten Kurses. Vor allem die beschlossenen wesentlichen Verbesserungen der degressiven Abschreibungsmöglichkeiten entsprechen den Überlegungen des Rates, daß es für die Schaffung von Arbeitsplätzen auch auf die steuerliche Entlastung von privaten Investitionen ankommt. Die im Gutachten vorgenommene Auflistung weiterer Ansätze zur Verbesserung der Abschreibungsmöglichkeiten berücksichtigt allerdings nur unzureichend die damit verbundenen haushaltspolitischen Risiken.

Die Bundesregierung sieht dabei auch die Probleme, die sich aus den Auswirkungen von Preissteigerungen auf die Besteuerung von Gewinnen ergeben können. Nach ihrer Ansicht besteht allerdings keine Veranlassung, das dem Steuerrecht zugrundeliegende Nominalwertprinzip zu durchbrechen. Sie begrüßt es, daß auch der Rat in seiner Analyse letztlich die Schlußfolgerung zieht, diese Probleme seien befriedigend nur an ihrem Ursprung, das heißt durch erfolgreiche Stabilitätspolitik, zu lösen (Ziffer 407 JG).

Im Zusammenhang mit der Erörterung der ertragsunabhängigen Steuern und ihren Einflüssen auf die Unternehmensinvestitionen (Ziffer 395 JG), weist die Bundesregierung darauf hin, daß der Anteil der ertragsunabhängigen Steuern am Gesamtsteueraufkommen in den vergangenen Jahren erheblich zurückgeführt worden ist.

68. Die Bundesregierung teilt die Auffassung des Rates, daß sich sowohl in der Europäischen Gemeinschaft als auch in anderen Ländern Tendenzen verstärkt haben, den freien Welthandel zu beschränken (Ziffer 62 JG). Einen Rückgriff auf protektionistische Eingriffe und wettbewerbsverzerrende Maßnahmen lehnt sie grundsätzlich ab; strukturelle Anpassungsprobleme in der Wirtschaft sollten durch offensive Marktstrategien der Unternehmen gelöst werden. Die Wirtschaft ist aufgerufen, durch moderne Fertigungsmethoden, höhere Produktivität, größere Innovationsbereitschaft, zukunftsträchtige Produkte und zunehmendes Eindringen in neue expansive Märkte ihre Wettbewerbschancen zu verbessern. Die unternehmerischen Aktivitäten unterstützt und erleichtert die Bundesregierung durch Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen und flankierende Maßnahmen.

Im internationalen Bereich und in den Europäischen Gemeinschaften tritt sie dabei weiterhin für den Abbau tarifärer und nichttarifärer Handelshemmnisse sowie für den Abbau wettbewerbsverzerrender Beihilfen ein. (Zu den im Gutachten ausführlich kommentierten Bereichen wie Stahl und Textil vgl. Abschnitte B.II. und B.III. dieses Berichtes.)

69. Die Bundesregierung hält übereinstimmend mit dem Rat auch weiterhin eine offensive Marktpolitik für notwendig. So sehr sie die Sorge der Sachverständigen hinsichtlich negativer Auswirkungen konservierender Eingriffe in den Marktprozeß teilt, so kann sie doch nicht der generellen Aussage des Gutachtens zustimmen, wonach in der Marktpolitik gegenwärtig defensive Strategien überwiegen (Ziffer 428 JG). Angesichts der Gesamtzahl der Insolvenzen im letzten Jahr sollten Einzelfälle, in denen der Staat unterstützend eingegriffen hat, nicht überbewertet werden, vor allem deshalb nicht, weil oft supra- und internationale Zwänge dahinterstanden.

Die Bundesregierung teilt die Auffassung des Rates, daß es im Rahmen einer offensiven Wettbewerbspolitik auch darauf ankommt, bisher regulierte oder neue Märkte für wettbewerbliche Suchprozesse zu öffnen oder offenzuhalten. Dies gilt angesichts der raschen Entwicklung der Kommunikationstechnologie auch für den Telekommunikationsbereich (Ziffer 432 JG). Die Bundesregierung hat bereits deutlich gemacht, daß auf den neu zu erschließenden Endgerätemärkten den wettbewerblichen Aktivitäten der Wirtschaft ein breiter Raum zur Verfügung stehen wird, in dem die innovatorischen Impulse zur Stärkung der Leistungskraft, des Wachstums und der Beschäftigung zur Geltung kommen können, und daß sich die Deutsche Bundespost auf diesen Märkten zurückhalten soll. Sie hat in ihren Beschlüssen vom 8. April 1981 zum weiteren Ausbau des Fernmeldenetzes klargestellt, daß eine Beteiligung der Deutschen Bundespost am Endgeräte-

markt dessen freie Entfaltung nicht behindern wird. Bezüglich der Fernmelde-Endgeräte ist die Bundesregierung der Auffassung, daß über die Beteiligung der Deutschen Bundespost in diesem Bereich nur im Einzelfall unter Abwägung insbesondere der fernmeldemäßigen und der gesamtwirtschaftlichen Notwendigkeiten entschieden werden kann.

Die Bundesregierung ist sich mit der Monopolkommission grundsätzlich darin einig, daß die Netzträgerschaft und die Zulassungskompetenz der Deutschen Bundespost für Fernmeldegeräte nicht in Frage gestellt werden. Sie hält es vor dem Hintergrund eines zukünftigen integrierten breitbandigen Glasfaser-Fernmeldenetzes nicht für vertretbar, private Parallelnetze zuzulassen. Durch die Einführung der nutzungszeitabhängigen Tarifierungen für Festverbindungen sind im übrigen wichtige Voraussetzungen für die Möglichkeit der Weitervermietung von Netzbestandteilen der Deutschen Bundespost geschaffen worden. Hierbei ist allerdings zu beachten, daß die intensivere Nutzung von Festverbindungen nicht zu einer unvertretbaren Minderauslastung des sonstigen Netzes führt, die nur durch Gebührenerhöhungen zu Lasten der auf die Wählverbindungen angewiesenen Postkunden auszugleichen wäre.

70. Die Bundesregierung ist mit dem Rat der Meinung, daß es zu den wachstumspolitischen Aufgaben des Staates gehört, die Voraussetzungen für einen funktionsfähigen Innovationswettbewerb zu verbessern und sie da zu schaffen, wo sie noch fehlen (Ziffer 356 JG). Daneben kommt es vor allem darauf an, mit der Bevölkerung eine offene Diskussion über die positiven und negativen Auswirkungen neuer Technologien zu führen. Soweit die Durchführung geplanter Projekte auch durch staatlich gesetzte Genehmigungserfordernisse beeinflußt wird, muß immer wieder geprüft werden, ob und inwieweit tatsächlich ein Regelungsbedarf besteht und welche Wirkungen sich für den Marktprozeß ergeben. Die Bundesregierung hat deshalb in der Vergangenheit in verschiedenen Bereichen administrative Vereinfachungen durchgeführt. Sie sieht darin auch für die Zukunft eine wichtige Aufgabe.

71. Der Rat weist auf die Schwächen und gesamtwirtschaftlichen Gefahren staatlicher Preisadministration hin (Ziffer 433 JG). Dies bestärkt die Bundesregierung in ihrer Haltung, staatliche Markt- und Preisregelungen auf eng begrenzte Ausnahmefälle zu beschränken. Wie bisher wird sie auch künftig die noch bestehenden staatlichen Preisregulierungen auf ihre Notwendigkeit hin überprüfen und sie soweit wie möglich abbauen.

72. Zur Energiepolitik wird im Gutachten festgestellt, daß der marktwirtschaftlich orientierte Kurs der Bundesregierung wesentlich dazu beigetragen hat, den Energieverbrauch spürbar zu senken und insbesondere den Einsatz von Öl überdurchschnittlich zu vermindern (Ziffer 437 JG). Zu Recht wird betont, daß größere Klarheit und Verläßlichkeit der Rahmenbedingungen für die Entwicklung der einzelnen Energieträger wichtiger sind als quantitative Projektionen des Energiemarktes und seiner Struktur. Der Rat erkennt an, daß die Dritte Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung hierzu beiträgt (Ziffer 436 JG).

Die Bundesregierung teilt im Grundsatz das Urteil der Gutachter zur Kernenergie (Ziffer 440 JG). Sie wird weiterhin darauf drängen, die Rahmenbedingungen für Investitionen zum bedarfsgerechten Ausbau dieser Energie sicherer zu machen. Zu Recht weist der Rat auf Problematik und Schlüsselrolle der Entsorgungsfrage hin (Ziffer 440 JG). Bei der Verwirklichung der Entsorgungsbeschlüsse der Regierungschefs von Bund und Ländern vom 28. September 1979 sind Fortschritte erreicht worden, so bei der Zwischenlagerung und bei der Erkundung von Endlagerstätten. Die Bundesregierung erwartet in absehbarer Zukunft weitere konkrete Schritte zur zügigen Verwirklichung ihres langfristigen Entsorgungskonzeptes. Dies gilt auch für die Wiederaufarbeitung, nachdem insbesondere Hessen zur Aufnahme einer entsprechenden Anlage bereit ist und Standorte benannt wurden. Gleichwohl sind weitere erhebliche Anstrengungen erforderlich.

Die Bundesregierung stimmt mit den Sachverständigen darin überein, daß die Kontingente für Kohleimporte in diesem Jahr vor allem deshalb nicht ausgenutzt wurden, weil die Umstellung auf Kohle Zeit braucht (Ziffer 441 JG). Der Rat wiederholt jedoch auch seine im Vorjahr geäußerten grundsätzlichen Bedenken zur Importkohleregelung. Hierzu hat die Bundesregierung bereits im Jahreswirtschaftsbericht 1981 (Ziffer 67) Stellung genommen. Der Rat äußert nunmehr zusätzlich die Befürchtung, daß die Kontingente auch auf Dauer nicht ausgenutzt werden könnten. Seiner Ansicht nach besteht die Gefahr, daß die Energieverbraucher sich bei ihren mittelfristigen Entscheidungen auf eine dauerhafte Beschränkung der Importe einstellen. Hierbei bleibt unberücksichtigt, daß die Importkohlenkontingente ausgeweitet werden und eine zusätzliche Aufstockungsmöglichkeit bis zu 50 % vorgesehen ist.

73. In einem besonderen Kapitel des Gutachtens beschäftigt sich der Rat mit der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft (Ziffer 442 ff. JG). Zu diesem Thema hat die Bundesregierung vor kurzem bei der Beantwortung einer Großen Anfrage der CDU/CSU-Fraktion ausführlich Stellung genommen (BT-Drucksache Nr. 9/1133). Zwischen den Aussagen der Bundesregierung und den Äußerungen der Gutachter besteht ein hohes Maß an Übereinstimmung sowohl in den analytischen Ansätzen als auch in den Schlußfolgerungen.

Ausführlich untersucht der Rat in diesem Zusammenhang die Ursachen für die hohe Wettbewerbsfähigkeit Japans an den Weltmärkten (Ziffer 461 ff. JG). Die Bundesregierung begrüßt diesen Beitrag zur Versachlichung der Diskussion.

Anlage

A. Rückblick auf die Jahresprojektion 1981[1]) sowie die tatsächlich eingetretene Entwicklung

1. Die gesamtwirtschaftliche Produktion — gemessen am Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen — hat im Jahresdurchschnitt 1981 stagniert. U. a. aufgrund des hohen Leistungsbilanzdefizits mußten jedoch sehr viel größere Teile der Erwerbs- und Vermögenseinkommen — und hier insbesondere Kapitalerträge — an das Ausland gezahlt werden als gleichzeitig von dort zurückflossen. Das für die Verwendung und Einkommensverteilung der Inländer verbleibende Bruttosozialprodukt ging deshalb leicht zurück. Nach den ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes erreichte das Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt real das Vorjahresniveau, während das Bruttosozialprodukt real um 0,3 % zurückblieb; der Rückgang war also etwas weniger stark ausgeprägt, als im Jahreswirtschaftsbericht befürchtet worden war (Bruttoinlands- und Bruttosozialprodukt lt. Jahresprojektion: real 0 bis minus 1 %). Der reale Rückgang des Bruttosozialprodukts im Jahresdurchschnitt war ausschließlich das Ergebnis des niedrigen Ausgangsniveaus um die Jahreswende 1980/81 (negativer Überhang), im Jahresverlauf 1981 kam es dagegen nicht mehr zu einer weiteren Abschwächung. Vielmehr lag das Bruttosozialprodukt real in der 2. Jahreshälfte 1981 bereits wieder über dem vergleichbaren Vorjahresniveau, und das gesamtwirtschaftliche Produktionsniveau am Jahresende war leicht höher als im Jahresdurchschnitt.

Zwar entsprach die Gesamtentwicklung damit in etwa den Erwartungen, gegenüber der in der Jahresprojektion zugrundegelegten Struktur der Verwendung des Sozialprodukts ergaben sich jedoch starke Abweichungen. So kam es zu einem erheblich höheren Außenbeitrag in konstanten Preisen, die Inlandsnachfrage verlief dagegen deutlich schwächer als vor einem Jahr erwartet worden war. Insbesondere wegen der unerwarteten Schwäche der D-Mark und der damit verbundenen Verbilligung deutscher Produkte auf den Weltmärkten nahmen die Ausfuhren sehr viel stärker zu als projiziert. Aus den gleichen Gründen war — infolge der starken Importverteuerung — der Kaufkraftverlust im Inland sehr viel ausgeprägter, so daß vor allem der Private Verbrauch real deutlich schwächer ausfiel als erwartet. Auch für den Jahresverlauf wich die gesamtwirtschaftliche Entwicklung von den Vorstellungen zu Jahresbeginn ab: Für das von Saison- und Kalendereinflüssen bereinigte Sozialprodukt war zunächst ein weiterer realer Rückgang gegenüber dem 2. Halbjahr 1980 und für die zweite Jahreshälfte 1981 eine fühlbare Belebung erwartet worden; hierdurch wäre der Einstieg nach 1982 deutlich günstiger ausgefallen. Tatsächlich stagnierte das Sozialprodukt in der ersten Jahreshälfte real auf dem Niveau des 2. Halbjahres 1980 und in der zweiten Jahreshälfte 1981 ergab sich nur eine leichte Aufwärtsbewegung gegenüber dem 1. Halbjahr.

[1]) Jahreswirtschaftsbericht 1981 der Bundesregierung (Drucksache 9/125)

2. Das Produktionsergebnis je Erwerbstätigenstunde (Produktivität) nahm wie projektiert um 2 % zu. Entsprechend dem etwas günstigeren Sozialproduktsergebnis, als es dem Mittelwert der Jahresprojektion entsprochen hätte, war auch der Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen mit rd. 240 Tsd. oder 1 % nicht ganz so ausgeprägt wie erwartet (Jahresprojektion: – 1 bis – 1 1/2 %). Die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer nahm um 160 Tsd. ab. Daß die Arbeitslosenzahl mit rd. 1,270 Mio. (Zunahme um 380 Tsd.) dennoch etwas höher ausfiel als vor Jahresfrist befürchtet (rd. 1,2 Mio.), ist auf die unerwartet starke Zunahme des Arbeitskräfteangebots, vor allem von Ausländern, und der leicht höheren Erwerbsbeteiligung zurückzuführen. Das Bestreben, sich bei Verlust oder Suche eines Arbeitsplatzes als arbeitslos registrieren zu lassen, ist demnach jetzt ausgeprägter als in früheren Schwächeperioden. Die Arbeitslosenquote lag im Jahresdurchschnitt mit 4,7 % (bezogen auf alle Erwerbspersonen) bzw. 5,5 % (bezogen auf die unselbständigen Erwerbspersonen) leicht über den Projektionsansätzen (rd. 4 1/2 % bzw. rd. 5 %).

3. Der gesamtwirtschaftliche Preisanstieg — gemessen am Preisindex des Bruttosozialprodukts — fiel mit 4,1 % sogar etwas schwächer als erwartet aus (Jahresprojektion: + rd. 4 1/2 %). Angesichts der kräftigeren Zunahme der Lohnkosten je Produkteinheit als unterstellt (+4 1/2 % statt +3 1/2 %) sowie der unerwartet starken Einfuhrpreissteigerung bedeutet dies, daß den Unternehmen eine volle Überwälzung des internen und von außen gekommenen Kostendrucks nicht gelungen ist; ihre Erträge sind im Jahresdurchschnitt erheblich geschrumpft. Im Inland war der Preisauftrieb jedoch ungleich stärker als die Verteuerung der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung, da es neben dem hausgemachten Kostenanstieg abermals zu einer deutlich überproportionalen Verteuerung der Einfuhren kam. Die Einfuhrpreise stiegen um etwa 4 %-Punkte stärker als die Ausfuhrpreise, die Verschlechterung der terms of trade fiel damit erheblich kräftiger als erwartet aus. Dies war nicht auf einen Anstieg der Weltmarktpreise für Rohstoffe zurückzuführen — die Preise für wichtige Rohstoffe in Dollar notierten vielfach sogar niedriger —, sondern ausschließlich Ergebnis der lange anhaltenden Wechselkursschwäche der D-Mark. Gegenüber den Währungen der wichtigsten 23 Handelspartner nahm der Wert der D-Mark im Jahresdurchschnitt nominal um rd. 2 % ab; gegenüber dem Dollar, der wichtigsten Verrechnungswährung für Öl und sonstige Rohstoffe, notierte die D-Mark im Jahresdurchschnitt sogar um fast 20 % schwächer. Allein der reine Preiseffekt der Ölrechnung[2]) betrug mit ca. 19 Mrd. DM etwa 1 % der gesamten volkswirtschaftlichen Endnachfrage (Verbrauch + Investitionen + Ausfuhr) und war damit fast so hoch wie im Vorjahr (ca. 21 Mrd. DM oder 1,1 % der Endnachfrage). Die tatsächliche Ölrech-

[2]) Netto, d. h. nach Abzug der Ausfuhr von Mineralölerzeugnissen; in der „Spezialhandelsabgrenzung" der amtlichen Außenhandelsstatistik.

nung stieg allerdings wegen der um etwa 15 % geringeren Einfuhrmengen nur um 7 Mrd. DM auf ca. 65 Mrd. DM.

Die Einfuhrverteuerungen aufgrund der Wechselkursverschlechterung, die sich erst gegen Jahresende teilweise wieder zurückbildete, waren ursächlich dafür, daß der Preisanstieg für die Güter der gesamten inländischen Verwendung mit $5^1/_2$ % und für den Privaten Verbrauch mit 6 % deutlich über die Ansätze der Jahresprojektion (+ rd. $4^1/_2$ %) hinausgingen.

4. Da der Rückgang des Sozialprodukts real etwa dem Mittelwert der Jahresprojektion entsprach und die Verteuerung der gesamtwirtschaftlichen Leistungserstellung mit 4 % sogar unter dem Ansatz von rd. $4^1/_2$ % blieb, erreichte der Anstieg des nominalen Bruttosozialprodukts mit knapp 4 % den unteren Bereich der im Jahreswirtschaftsbericht genannten Spanne von $3^1/_2$ bis $4^1/_2$ %.

Dabei blieb der Private Verbrauch mit knapp +5 % am unteren Ende der projektierten Marge von +5 bis +6 %; angesichts des stärkeren Preisanstiegs bedeutete das real einen Rückgang um etwa 1 %. Der Staatsverbrauch nahm mit 7 % abermals deutlich stärker zu als in der Jahresprojektion (+4 bis +5 %) angenommen worden war. Dagegen stiegen die nominalen Anlageinvestitionen mit gut 1 % schwächer als im Rahmen des Jahreswirtschaftsberichts (+2 bis +4 %) veranschlagt. Die Entwicklung im Wohnungsbau entsprach dabei etwa den Erwartungen; die Unternehmensinvestitionen und vor allem öffentliche Investitionen entwickelten sich jedoch deutlich schwächer als projektiert. Auch die Lagerbestände nahmen nicht — wie erwartet — zu, sondern ab. Bezogen auf das Sozialprodukt entsprach allein die Entwicklung der Vorratsbestände real einem kontraktiven Effekt von $1^1/_2$ %. Im Gegensatz dazu fiel der nominale Außenbeitrag (Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland) mit + 9 Mrd. DM sogar höher aus als erwartet (Jahresprojektion: 0 bis +4 Mrd. DM). Trotz der erheblich stärkeren terms-of-trade-Einbußen kam dieses Ergebnis dadurch zustande, daß die realen Ausfuhren diese negativen Preiseffekte mehr als kompensieren konnten und der Außenbeitrag in konstanten Preisen sich deutlich stärker erhöhte als projiziert. Der wieder positive nominale Außenbeitrag führte trotz weiter gestiegenem Defizit bei den unentgeltlichen Übertragungen gegenüber dem Ausland dazu, daß das Leistungsbilanzdefizit ebenfalls stärker als erwartet auf rd. $17^1/_2$ Mrd. DM abgebaut werden konnte (Jahresprojektion: 22 bis 25 Mrd. DM).

5. Der Anstieg des Volkseinkommens entsprach mit 3 % der Annahme der Jahresprojektion (+$2^1/_2$ bis +$3^1/_2$ %). Dabei ging jedoch der Anstieg des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit mit gut $4^1/_2$ % deutlich über den Rahmen der Jahresprojektion (+3 bis +4 %) hinaus. Dies war hauptsächlich auf einen mit 5 % merklich stärkeren Anstieg der Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer zurückzuführen (Annahme der Jahresprojektion: + rd. 4 %). Folglich ergab sich für die in der Volkseinkommensberechnung als Rest ermittelten Unternehmens- und Vermögenseinkommen statt des projektierten Anstiegs von 2 bis 3 % ein Rückgang um 1 %. Da die hierin enthaltenen Zins-, Miet- und Pachteinnahmen weiter zugenommen haben, bedeutet dies für die Unternehmenserträge im engeren Sinne erhebliche Einbußen. Die bereinigte Lohnquote [1]) stieg von 69,7 % um rd. 1 %-Punkt auf 70,6 % an. In der Jahresprojektion war dagegen von einer unveränderten Lohnquote ausgegangen worden.

6. 1981 ging der Anstieg der Staatsausgaben (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) mit $6^1/_2$ % um etwa $1^1/_2$ %-Punkte über den Projektionsrahmen (+$4^1/_2$ % bis +$5^1/_2$ %) hinaus. Besonders deutlich übertroffen wurden die Ausgabenpläne beim Staatsverbrauch mit +7 % (Jahresprojektion: +4 bis +5 %) und — u. a. durch die stark gestiegenen Zinsausgaben bedingt — bei den Einkommens- und Vermögensübertragungen mit gut +$7^1/_2$ % (Jahresprojektion: +5 bis +6 %). Dagegen kam es bei den öffentlichen Investitionen statt der projektierten Zunahme von 0 bis +2 % zu einem Rückgang von $3^1/_2$ %. Die Einnahmenentwicklung blieb mit gut +4 % an der Untergrenze der projektierten Marge (+4 bis +5 %). Dabei wurden die Erwartungen für die Steuern (Jahresprojektion: +$2^1/_2$ bis +$3^1/_2$ %) mit +$1^1/_2$ % nicht erreicht, die Zunahme der Sozialbeiträge ging dagegen mit knapp $7^1/_2$ % aufgrund höherer Beitragssätze und stärkerer Einkommenszuwächse bei den Arbeitnehmern über die Erwartungen der Projektion (+5 bis +6 %) hinaus.

Wegen der sehr viel deutlicheren Scherenbildung zwischen Ausgaben und Einnahmen, als vor Jahresfrist projektiert worden war, stieg das Finanzierungsdefizit um 18 Mrd. DM auf $69^1/_2$ Mrd. DM an (Jahresprojektion: −55 bis −59 Mrd. DM). Bei einem Überschuß im Sozialversicherungsbereich von knapp 4 Mrd. DM bedeutet dies für die Gebietskörperschaften einen Fehlbetrag von $73^1/_2$ Mrd. DM [2]). Das gesamte öffentliche Finanzierungsdefizit belief sich auf $4^1/_2$ % des Sozialprodukts und war somit um 1 %-Punkt höher als der Jahresprojektion zugrundegelegt worden war.

7. Dem höheren staatlichen Defizit stand ein stärker gestiegener Finanzierungsüberschuß der privaten Haushalte und eine deutlicher gesunkene Kreditinanspruchnahme des Unternehmenssektors (einschl. Wohnungsvermietung) gegenüber. Die Ersparnis der privaten Haushalte nahm erheblich stärker als das verfügbare Einkommen zu; erwartet worden war ein leicht unterproportionaler Anstieg. Das niedrigere Finanzierungsdefizit für den Unternehmensbereich ergab sich bei einem Aufkommen von Eigenmitteln (einschl. Abschreibungen) im unterstellten Ausmaß, weil die Bruttoinvestitionen, hauptsächlich bei der Vorratsbildung, schwächer ausfielen als erwartet. Der Finanzierungssaldo gegenüber der übrigen Welt (Leistungsbilanzdefizit) blieb mit rd. $17^1/_2$ Mrd. DM unter der erwarteten Größenordnung.

[1]) Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen, berechnet auf der Basis der Beschäftigungsstrukturen des Jahres 1970

[2]) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Internationaler Vergleich der Verbraucherpreisentwicklung

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum
in %

	Ø 1960/ 1970	Ø 1970/ 1980	1978	1979	1980	1981	1981						
							1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	Okt.	Nov.	Dez.
Bundesrepublik Deutschland[1].	+ 2,5	+ 5,1	+ 2,7	+ 4,1	+ 5,5	+ 5,9	+ 5,7	+ 5,6	+ 6,1	+ 6,5	+ 6,7	+ 6,6	+ 6,3
Belgien	+ 3,0	+ 7,4	+ 4,5	+ 4,5	+ 6,6	+ 7,6	+ 7,3	+ 7,2	+ 8,1	+ 8,0	+ 7,8	+ 7,8	+ 8,1
Dänemark	+ 5,6	+ 9,8	+ 10,0	+ 9,6	+ 12,3	+ 11,7	+ 10,9	+ 12,2	+ 11,8	+ 12,1	+ 11,9	+12,2	+ 12,2
Frankreich	+ 4,1	+ 9,6	+ 9,1	+ 10,8	+ 13,6	+ 13,1	+ 12,7	+ 12,8	+ 13,6	+ 14,1	+ 14,0	+14,3	+ 14,0
Griechenland	+ 2,1	+ 14,3	+ 12,8	+ 18,7	+ 24,9		+ 25,9	+ 24,0	+ 24,2		+ 26,1	+23,8	
Großbritannien	+ 4,1	+ 13,7	+ 8,3	+ 13,4	+ 18,0	+ 11,9	+ 12,8	+ 11,8	+ 11,3	+ 11,9	+ 11,7	+12,0	+ 12,0
Irland	+ 4,6	+ 13,7	+ 7,6	+ 13,3	+ 18,2	+ 20,4	+ 21,0	+ 17,1	+ 20,1	+ 23,3	.	+23,3[2])	.
Italien	+ 4,0	+ 13,8	+ 12,1	+ 14,8	+ 21,2	+ 19,5	+ 19,9	+ 20,7	+ 19,2	+ 18,3	+ 18,7	+18,2	+ 18,0
Luxemburg	+ 2,6	+ 6,6	+ 3,1	+ 4,5	+ 6,3	+ 8,1	+ 7,2	+ 7,8	+ 8,8	+ 8,5	+ 8,8	+ 8,5	+ 8,0
Niederlande	+ 4,3	+ 7,4	+ 4,2	+ 4,3	+ 7,0	+ 6,9	+ 6,6	+ 6,5	+ 7,0	+ 7,6	+ 7,6	+ 7,6	+ 7,4
Norwegen	+ 4,5	+ 8,4	+ 8,1	+ 4,8	+ 10,9		+ 14,6	+ 14,1	+ 13,8		+ 12,6	+12,4	
Österreich	+ 3,6	+ 6,3	+ 3,6	+ 3,7	+ 6,4	+ 6,7	+ 7,0	+ 6,9	+ 6,7	+ 6,9	+ 7,2	+ 6,7	+ 6,4
Portugal[3])	+ 4,5	+ 18,6	.	+ 23,5	+ 16,6	+ 19,9	+ 15,2	+ 17,7	+ 21,7	+ 25,0	+ 24,6	+25,4	+ 25,0
Schweden	+ 4,0	+ 9,2	+ 10,0	+ 7,2	+ 13,7		+ 12,8	+ 13,2	+ 12,8		+ 10,4	+10,1	
Schweiz	+ 3,3	+ 5,0	+ 1,1	+ 3,6	+ 4,0	+ 6,5	+ 5,9	+ 5,9	+ 7,1	+ 7,0	+ 7,3	+ 7,0	+ 6,5
Spanien	+ 6,6	+ 15,3	+ 19,8	+ 15,7	+ 15,5		+ 14,7	+ 15,0	+ 14,3		+ 14,5		
Japan	+ 5,7	+ 9,0	+ 3,8	+ 3,6	+ 8,0	+ 4,9	+ 6,7	+ 5,0	+ 4,1	+ 3,9	+ 4,1	+ 3,6	+ 4,2
Kanada	+ 2,7	+ 8,0	+ 9,0	+ 9,1	+ 10,1		+ 12,2	+ 12,6	+ 12,7		+ 12,7	+12,2	
USA	+ 2,7	+ 7,8	+ 7,7	+ 11,3	+ 13,5	+ 10,4	+ 11,2	+ 9,8	+ 10,9	+ 9,8	+ 10,4	+10,0	+ 9,3

Quelle: Statistisches Bundesamt und andere amtliche Stellen; die aktuellsten Zahlen sind teilweise vorläufige Werte.
[1]) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte
[2]) vierteljährliche Erhebung
[3]) ab 1978 neue Indexberechnung

Gegenüberstellung der tatsächlichen Entwicklung im Jahre 1981 mit der Jahresprojektion der Bundesregierung

	Jahresprojektion	Tatsächliche Entwicklung[4]
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	
Entstehung des Sozialprodukts		
Erwerbstätige	− 1 bis − 1½	− 0,9
Arbeitslosenquote in % A[1])	*(rd. 5)*	*(5,5)*
B[2])	*(rd. 4½)*	*(4,7)*
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	− 1 bis − 1½	− 1,0
Bruttoinlandsprodukt		
in Preisen von 1970 (BIP)	0 bis − 1	− 0,0
BIP je Erwerbstätigen	+ ½ bis + 1	+ 0,9
BIP je Erwerbstätigenstunde	+ rd. 2	+ 1,9
Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen		
Privater Verbrauch	+ 5 bis + 6	+ 4,9
Staatsverbrauch	+ 4 bis + 5	+ 6,9
Anlageinvestitionen	+ 2 bis + 4	+ 1,2
darunter: Öffentliche Investitionen	0 bis + 2	− 3,1
Vorratsveränderung, Mrd. DM	(+ 7 bis + 9)[3])	(− 1,8)
Inlandsnachfrage	+ 3 bis + 4	+ 3,0
Außenbeitrag		
Mrd. DM	(0 bis + 4)	(+ 9,0)
Anteil am Bruttosozialprodukt in %	*(0 bis ½)*	*(0,6)*
Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen	+ 3½ bis + 4½	+ 3,8
Preisentwicklung		
Privater Verbrauch	+ rd. 4½	+ 6,0
Inlandsnachfrage	+ rd. 4½	+ 5,6
Bruttosozialprodukt	+ rd. 4½	+ 4,1
Verteilung des Sozialprodukts		
Volkseinkommen	+ 2½ bis + 3½	+ 3,1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen (brutto)	+ 2 bis + 3	− 1,1
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (Summe)	+ 3 bis + 4	+ 4,7
Nachrichtlich:		
Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer	+ rd. 4	+ 5,1
Sparquote	(rd. 13½)	(14,0)

[1]) Bezogen auf die unselbständigen Erwerbspersonen
[2]) Bezogen auf alle Erwerbspersonen
[3]) Angepaßt an die inzwischen revidierten Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes für 1980
[4]) Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1982

Einnahmen und Ausgaben des Staatssektors im Jahre 1981
(in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung)

	Jahresprojektion der Bundesregierung	Tatsächliche Entwicklung[3]
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	
Einnahmen		
Steuern	+ 2½ bis +3½	+ 1,5
Sozialbeiträge[1])	+ 5 bis + 6	+ 7,3
Sonstige Einnahmen	+ 6½ bis + 7½	+ 10,2
Einnahmen insgesamt	+ 4 bis + 5	+ 4,2
Ausgaben		
Staatsverbrauch	+ 4 bis + 5	+ 6,9
Einkommens- und Vermögensübertragungen[2])	+ 5 bis + 6	+ 7,7
Investitionen	0 bis + 2	− 3,6
Ausgaben insgesamt	+ 4½ bis + 5½	+ 6,5
Finanzierungssaldo, Mrd. DM	− 55 bis − 59	− 69,7

[1]) Einschließlich Beiträge an einen unterstellten Pensionsfonds
[2]) Einschließlich Zinsen
[3]) Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1982

B. Jahresprojektion 1982

8. Die zu Jahresbeginn verfügbaren Informationen deuten darauf hin, daß die deutsche Wirtschaft inzwischen die Endphase der bisher längsten — wenn auch nicht tiefsten — Rezession erreicht oder bereits hinter sich gelassen hat. Der leichte Anstieg des realen Bruttosozialprodukts im 2. Halbjahr 1981 gegenüber dem 1. Halbjahr könnte bereits den Beginn einer neuen Aufwärtsbewegung andeuten; ein eindeutiges Urteil hierüber ist allerdings gegenwärtig noch nicht möglich.

Unabhängig von der Beurteilung der jüngsten Daten zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist jedoch aufgrund des Auslaufens der rezessiven Einflüsse der zweiten Ölpreisexplosion in der Weltwirtschaft und der Fortschritte bei der Strukturanpassung in der Binnenwirtschaft für den weiteren Jahresverlauf mit einer allmählichen Belebung der Wirtschaftstätigkeit zu rechnen. Wegen der stark veränderten außen- und binnenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen kann jedoch wohl nicht davon ausgegangen werden, daß es schon bald zu einem kräftigen Aufschwung der Gesamtwirtschaft kommt. Es muß vielmehr damit gerechnet werden, daß insbesondere aufgrund der veränderten internationalen Wirtschafts- und Wettbewerbslage sowie des eingeengten Handlungsspielraums der Geld- und Finanzpolitik die Erholung zunächst nur mäßig ausfallen wird. Auf einigen wirtschaftspolitischen Problemgebieten werden dabei zwar Fortschritte zu erzielen sein; für eine Entlastung auf dem Arbeitsmarkt dürfte das für dieses Jahr zu erwartende Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion jedoch noch nicht ausreichen.

Der Jahresprojektion der Bundesregierung liegt wie immer eine *bedingte* Prognose zugrunde. Dafür müssen eine Reihe von Hypothesen und Annahmen getroffen werden, die zusammen mit der jeweiligen Ausgangslage die projektierte Entwicklung der einzelnen gesamtwirtschaftlichen Größen stark beeinflussen. Bei der Auswahl dieser exogenen Größen — gleichsam des Gerüstes jeder quantitativen gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung — wird jeweils denjenigen der Vorzug gegeben, denen nach Abwägung aller Einflußgrößen die größte Wahrscheinlichkeit beigemessen werden kann. Dabei werden Extrempositionen in negativer oder positiver Richtung so weit wie möglich ausgeschaltet. So wäre es beispielsweise eine Extremposition gewesen, vor einem Jahr ein starkes Abgleiten des D-Mark-Kurses gegenüber dem Dollar vorherzusagen. Das Nichteintreffen der Wechselkursannahme in der vorjährigen Jahresprojektion war zwar für die Entwicklung des realen Sozialprodukts insgesamt und den daraus abgeleiteten Beschäftigungsstand ohne Bedeutung; aufgrund der Abweichung zwischen Wechselkursannahme und tatsächlicher Entwicklung konnte jedoch weder die projektierte Verwendungsstruktur des Sozialprodukts zustandekommen noch die Entwicklung der Inlandspreise in dem erwarteten Maße begrenzt werden.

Für dieses Jahr wird in der Jahresprojektion abermals davon ausgegangen, daß in erster Linie die ökonomischen Einflußfaktoren den Wechselkurs der D-Mark bestimmen. Angesichts der im internationalen Vergleich unterproportionalen Preis- und Kostenentwicklung im Inland und der sich abzeichnenden Tendenzen für die Leistungsbilanz müßte dies auf einen im Vergleich zum Vorjahr tendenziell höheren D-Mark-Kurs hinauslaufen. Dabei wird aufgrund der Entwicklung im Vorjahr nicht davon ausgegangen, daß sich bereits auf kurze Sicht wieder ein Kurs herausbildet, wie er vor der starken D-Mark-Abwertung entstanden war. Eine solche Konstellation sowie die erwartete deutsche Leistungsbilanz- und internationale Zinsentwicklung sollten es erlauben, die Zunahme der Zentralbankgeldmenge im oberen Bereich des angestrebten Zielkorridors zu ermöglichen. Bei der angenommenen Abnahme des Inflationsdrucks und dem erwarteten Rückgang des öffentlichen Defizits dürfte dies ein Sinken des Zinsniveaus zulassen. Ferner wird davon ausgegangen, daß es bei den öffentlichen Haushalten gelingt, den gesteckten knappen Ausgaberahmen einzuhalten. Nach den starken Ölpreissteigerungen der drei letzten Jahre — im Vorjahr überwiegend auf die D-Mark-Schwäche zurückzuführen — ist in der Jahresprojektion außerdem unterstellt, daß es in diesem Jahr den jüngsten OPEC-Beschlüssen entsprechend zu keinen nennenswerten Preisbewegungen auf den internationalen Märkten für Rohöl und Mineralölerzeugnisse kommt. Hierzu gehört auch, daß die Versorgung mit Öl und sonstigen

Rohstoffen, darüber hinaus aber auch der übrige freie Warenaustausch nicht durch außerökonomische Ereignisse gestört wird.

9. Die Entwicklung im Vorjahr hat wieder einmal besonders deutlich vor Augen geführt, wie stark die deutsche Wirtschaft vom außenwirtschaftlichen Umfeld — Auslandsnachfrage und Wechselkursgefüge — im Positiven wie im Negativen abhängig ist. Auch diesmal gehen die Ansichten über die weitere Entwicklung der Weltkonjunktur und des Welthandels angesichts der starken strukturellen Verwerfungen und der durch sie ausgelösten wirtschafts-, finanz- und geldpolitischen Maßnahmen weit auseinander. Nach überwiegender Ansicht wird aber davon ausgegangen, daß das Sozialprodukt in den Industrieländern mit 1 bis 1½% weiter leicht zunimmt und sich der Anstieg in der zweiten Jahreshälfte deutlicher beschleunigt. Hinter dieser Globalzahl verbirgt sich eine schwächere Entwicklung in Nordamerika, eine anhaltende Expansion in Japan und eine geringe Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Europa (nach einem leichten Rückgang im Vorjahr). Insbesondere das für Europa erwartete Produktionswachstum deutet auf eine weiterhin positive Entwicklung der deutschen Exportmärkte hin. 1981 blieb die Expansion des gesamten Welthandels zwar schwach; dennoch konnten die Exporte der Industrieländer nach Berechnungen der OECD real um 3% gesteigert werden. Das auf den ersten Blick unbefriedigende Welthandelsergebnis kam dadurch zustande, daß von den Industrieländern sehr viel weniger Öl importiert und verbraucht wurde, die weltweite Nachfrage nach verarbeiteten Erzeugnissen aber fast so stark wie im Jahr zuvor zunahm. Wenn die gütermäßige Zusammensetzung des Welthandels so stark wie im letzten Jahr divergiert, kann er kein Maßstab für die Exportmöglichkeiten eines Industrielandes sein, das überwiegend Fertigprodukte exportiert. Vielmehr ist hierfür das Wachstum der Exportmärkte für verarbeitete Erzeugnisse heranzuziehen. Diese werden in diesem Jahr, folgt man den Prognosen der OECD, um etwa 5 bis 6% expandieren. Für die Beurteilung der Expansionsmöglichkeiten der deutschen Exporte ist diese Zuwachsrate wichtiger als das — in den meisten Prognosen auf etwa 3 bis 5% geschätzte — Wachstum des gesamten Welthandels. Außerdem spricht einiges dafür, daß nach der starken Verschiebung der Währungsrelationen im Vorjahr auch in diesem Jahr von den deutschen Exporteuren in gewissem Umfang Marktanteile hinzugewonnen werden können, selbst wenn die D-Mark wieder, wie erwartet, höher notieren sollte. Der Gewinn und Verlust an Marktanteilen ist erfahrungsgemäß ein Prozeß, der sich nicht gleichzeitig mit Wechselkursveränderungen, sondern erst mit einiger Verzögerung einstellt. Bereits die Absicherung der im Vorjahr gewonnenen Marktanteile würde im Jahresdurchschnitt 1982 weitere Vorteile bedeuten, da sich diese erst im Verlaufe herausgebildet haben und somit gleichsam ein positiver „Überhang" vorhanden ist. Unter Berücksichtigung des zum Jahresende 1981 deutlich höheren Exportvolumens als im Jahresdurchschnitt wird in der Jahresprojektion bei einem sich bereits abzeichnenden schwächeren Exportpreisanstieg und den voraussichtlichen Dienstleistungseinnahmen von einem

nominalen Anstieg der Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen um 10½ bis 11½%

(nach 14½% im Vorjahr) ausgegangen.

10. Angesichts der Tatsache, daß die Anlageinvestitionen im Unternehmensbereich 1981 trotz starker Kostenbelastungen durch Löhne, Zinsen und Importgüter, der dadurch ausgelösten Ertragsrückgänge, trotz unterausgelasteter Kapazitäten sowie der insgesamt stagnierenden realen Gesamtnachfrage ein relativ hohes Niveau beibehielten, spricht viel dafür, daß auch für dieses Jahr ein starker Einbruch der Investitionstätigkeit vermieden werden kann. Voraussetzung ist allerdings — wie in der Jahresprojektion unterstellt — eine deutliche Eindämmung des Kostenauftriebs, wodurch eine fühlbare Erholung der Unternehmenserträge ermöglicht wird. Nur dann dürfte der an sich vorhandene Investitionsbedarf — in Gestalt von Strukturanpassungs- und Modernisierungsinvestitionen, neuen technologischen Entwicklungen, Anstrengungen zur Erhaltung und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit — auch weiterhin ein Gegengewicht zu den retardierenden Einflüssen einer geringen Kapazitätsauslastung sowie der zögernden Gesamtnachfrage darstellen. Die Investitionsbereitschaft dürfte auch durch die Verbesserung der Rahmenbedingungen in Form der seit Juli 1981 verbesserten Abschreibungsmöglichkeiten gestützt werden. Da die heimische Nachfrageentwicklung nach Ausrüstungsgütern und nach gewerblichen Bauten bis zuletzt schwach blieb, wird zwar für den Jahresdurchschnitt mit einem weiteren leichten realen Rückgang der Anlageinvestitionen im Unternehmensbereich gerechnet; im Verlauf des Jahres 1982 dürften sich jedoch allmählich Erholungstendenzen durchsetzen. Eine solche Einschätzung deckt sich im wesentlichen mit den Ergebnissen von Unternehmensbefragungen zur Investitionstätigkeit, die jedenfalls nicht auf einen stärkeren Einbruch in diesem Jahr hindeuten. Deutlicher dürfte dagegen der Rückgang bei den Wohnungsbauinvestitionen ausfallen. Hier ist die Nachfrage sehr viel stärker zurückgegangen als die Bautätigkeit, so daß noch mit rückläufigen Produktionsziffern gerechnet werden muß. Bei weiter nachlassendem Preisauftrieb und wieder sinkenden Finanzierungskosten könnte allerdings der Rückgang der Nachfrage — unterstützt durch die auch in diesem Bereich verbesserten steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten — gebremst werden. Die ungünstigsten Aussichten für die Investitionstätigkeit dürften im öffentlichen Sektor bestehen. Angesichts des deutlichen Rückgangs der Auftragsvergaben im Vorjahr, der anhaltenden finanziellen Enge in den öffentlichen Haushalten und der bereits absehbaren Haushaltsplanungen wäre es unrealistisch, in diesem Jahr nicht von einem weiteren Rückgang des staatlichen Investitionsvolumens auszugehen.

Unter Berücksichtigung eines vor allem für Bauten deutlich abgeschwächten Preisanstiegs wird in der Jahresprojektion bei diesen Annahmen für die reale

Entwicklung der Anlageinvestitionen von Unternehmen, im Wohnungsbau und des Staates zusammengefaßt von einem

etwa unveränderten Niveau der nominalen Anlageinvestitionen

(nach + 1 % im Vorjahr) ausgegangen.

Im Vorjahr gingen von der *Lagerbildung* kontraktive Effekte aus, die real etwa 1½% des Bruttosozialprodukts entsprachen. Am Jahresende war die Vorratshaltung in der gesamten Volkswirtschaft geringer als ein Jahr zuvor. Den bisherigen Erfahrungen entsprechend, wonach bei einer beginnenden Erholung die Vorprodukt- und Fertigwarenlager wieder aufgestockt werden, wird in der Jahresprojektion für 1982 von einer Umkehr des Lagerzyklus ausgegangen. Hierfür wurde jedoch ein Ausmaß angenommen, das eher geringer als in früheren vergleichbaren Perioden ist. Mitentscheidend für die Stärke des wiedereinsetzenden Vorratsaufbaus dürfte es ein, in welchem Umfang sich die Lagerhaltungskosten im Verlaufe dieses Jahres zurückbilden. Da sich ein Teil der Vorratsbildung in einem höheren Importbedarf niederschlägt, wirkt sich die Anpassung der Lagerhaltung an ein höheres Produktionsniveau allerdings nicht in voller Höhe auf die Entwicklung des Sozialprodukts aus.

11. Auch in diesem Jahr dürfte sich kaum ein Spielraum für eine Zunahme des realen Privaten Verbrauchs ergeben. Hierauf deuten die Annahmen in der Jahresprojektion für die Entwicklung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte hin: Es wird davon ausgegangen, daß die Bruttolohn- und -gehaltssumme 1982 mit rd. 4% etwas weniger als im Vorjahr zunimmt. Da in diesem Jahr die Sozialbeiträge, insbesondere wegen erhöhter Beitragssätze zur Arbeitslosenversicherung, weiter steigen und — anders als im Vorjahr — der Progressionseffekt bei der Lohnsteuer wieder voll zur Geltung kommt, dürfte der Anstieg der Nettolohn- und -gehaltssumme mit rd. 2½% schwächer als im Vorjahr ausfallen. Auch die vom Staat geleisteten Übertragungseinkommen werden trotz höherer Rentenanpassungssätze wegen der zum 1. Januar 1982 in Kraft getretenen Konsolidierungsmaßnahmen im Bereich der Bundesanstalt für Arbeit, bei der Sozialhilfe und beim Kindergeld schwächer als 1981 zunehmen. Zusammen mit den entnommenen Gewinnen und Vermögenseinkommen, für die aufgrund der erwarteten Zinsentwicklung ebenfalls mit einer schwächeren Ausweitung als im Vorjahr gerechnet werden kann, wird in der Jahresprojektion von einem Anstieg der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um 4 bis 5% (nach 5½% im Vorjahr) ausgegangen. Da wegen der unterstellten Zinsentwicklung die Sparanreize eher geringer als im Vorjahr sein werden, wird mit einer etwas niedrigeren Sparquote als 1981 gerechnet. Dies könnte für

den Privaten Verbrauch eine Zunahme um nominal 4½ bis 5½%

(nach 5% im Vorjahr) ergeben.

12. Die Planungen bei den öffentlichen Haushalten deuten auf einen merklich abgeschwächten Ausgabenanstieg hin. Unter der Voraussetzung, daß sich die Personalkostensteigerungen im Rahmen der Planungen halten und die Ausgabendynamik im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung wie vorgesehen gebremst werden kann, wird in der Jahresprojektion von einer

Zunahme des Staatsverbrauchs um 4 bis 5%

(nach 7% im Vorjahr) ausgegangen.

13. Aus diesen Annahmen für die Entwicklung der Inlandsnachfrage und der Ausfuhren resultiert für die *Gesamtnachfrage ein nominaler Anstieg um 5½ bis 6½%.* Für die *Einfuhren* wird unter Berücksichtigung der gestiegenen Wettbewerbsfähigkeit heimischer Anbieter auch auf den Inlandsmärkten bei deutlich nachlassenden Importpreissteigerungen mit einer *Zunahme um 7 bis 8%* gerechnet. Dabei ist unterstellt worden, daß auch in diesem Jahr das Anstiegstempo bei den Dienstleistungsausgaben kräftiger als bei den Wareneinfuhren ausfallen wird. Insgesamt ergibt sich daraus ein

nominaler Außenbeitrag von + 25 bis + 30 Mrd. DM

(nach + 9 Mrd. DM im Vorjahr). Hinter dieser relativ kräftigen Ausweitung des Saldos im Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland steht die Vorstellung, daß sich der Außenbeitrag in konstanten Preisen weniger kräftig als im Vorjahr erhöht, dafür aber — im Gegensatz zur Entwicklung in den letzten drei Jahren — das Verhältnis von Ausfuhr- zu Einfuhrpreisen (terms of trade) sich nicht weiter verschlechtert. In der Jahresprojektion wird im Jahresdurchschnitt von einem in etwa unveränderten preislichen Austauschverhältnis im Außenhandel ausgegangen, wobei sich — den Wechselkursannahmen entsprechend — im Verlauf des Jahres jedoch eine terms-of-trade-Verbesserung abzeichnen dürfte.

Insgesamt ergibt sich damit ein

Anstieg des nominalen Bruttosozialprodukts von rd. 5½%

(nach knapp 4% im Vorjahr).

14. Die Annahmen in der Jahresprojektion für die Kosten- und Nachfrageentwicklung im Inland sowie die Abschwächung der Einfuhrpreise lassen einen deutlich niedrigeren Anstieg der Inlandspreise als im Vorjahr erwarten. Für den Verbraucherpreisanstieg ist allerdings mit einer etwas geringeren Abschwächung zu rechnen als für die Preise der gesamten Güterverwendung im Inland. Einmal ist die hohe Vorbelastung zu berücksichtigen, die sich bei der Preisentwicklung im Verlaufe des Vorjahres ergab; der „Überhang" bei den Verbraucherpreisen fiel mit fast + 2½% sogar stärker als in den letzten Jahren aus. Zum anderen ergibt sich durch die Verbrauchsteuererhöhungen und durch angekündigte administrierte Preisanhebungen ein bereits jetzt absehbarer weiterer Preisauftrieb. Unter Berücksichtigung dieser Vorbelastungen wird in der Jahresprojektion davon ausgegangen, daß der

Anstieg der Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 1982 nicht über rd. 5%

(nach 6% im Vorjahr) hinausgeht. Da zu Jahresbeginn das Verbraucherpreisniveau noch um mehr als 6% höher als im Vorjahr liegt, setzt dies eine Abschwächung im Verlauf auf rd. 4% voraus. Für die gesamte inländische Güterverwendung und das Bruttosozialprodukt gehen die Annahmen der Jahresprojektion von einem Preisanstieg von rd. 4% im Jahresdurchschnitt aus.

15. Die der Jahresprojektion zugrundeliegenden Annahmen für das nominale Bruttosozialprodukt und die Preisentwicklung entsprechen

real einem Wachstum von 1 bis 1½%

im Jahresdurchschnitt 1982. Die gesamtwirtschaftliche Produktionsentwicklung würde damit erneut hinter dem Anstieg des Produktionspotentials zurückbleiben, so daß es aufs Jahr gesehen zu einem nochmaligen Rückgang der Kapazitätsauslastung in der Gesamtwirtschaft kommt. Im Jahresverlauf ist hier jedoch mit einer Stabilisierung zu rechnen. Bei einer solchen Entwicklung im Jahresdurchschnitt muß mit einem nochmaligen Rückgang des Arbeitsvolumens (Erwerbstätige mal durchschnittlich geleistete Arbeitszeit) um etwa 1½% — nach rd. 2% im Vorjahr — gerechnet werden; die Arbeitsproduktivität (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde) dürfte dabei — wie bereits im Verlaufe des Vorjahres — leicht beschleunigt weiter zunehmen. Der konjunkturellen Situation entsprechend muß damit gerechnet werden, daß sich der Rückgang des Arbeitsvolumens in erster Linie in einem anhaltenden Abbau der Zahl der Erwerbstätigen und weniger in einer weiteren Reduzierung der Arbeitszeit durch Kurzarbeit und Überstundenabbau niederschlagen wird. Für die Zahl der Erwerbstätigen wird, ähnlich wie im Vorjahr, ein Rückgang um rd. 1% erwartet. Bei weiterhin abnehmender Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen dürfte der Rückgang der Zahl beschäftigter Arbeitnehmer dabei etwas geringer ausfallen als die der gesamten Erwerbstätigen.

Auch in diesem Jahr steigt, vornehmlich aus demographischen Gründen, das Arbeitskräfteangebot an, so daß die Zunahme der Arbeitslosigkeit voraussichtlich über das Maß hinausgehen wird, das aufgrund der geringeren Arbeitskräftenachfrage ohnehin erwartet werden muß. Insgesamt wird in der Jahresprojektion angenommen, daß sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit im Verlaufe dieses Jahres abflacht und

die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 1982 auf rd. 6% (bezogen auf alle Erwerbspersonen) bzw. rd. 7% (bezogen auf die unselbständigen Erwerbspersonen) begrenzt werden kann.

16. Ähnlich wie im Vorjahr dürfte bei der sich abzeichnenden Entwicklung für die Abschreibungen sowie für die indirekten Steuern und Subventionen in diesem Jahr das Volkseinkommen mit rd. 5% etwas schwächer als das nominale Bruttosozialprodukt zunehmen. Hinsichtlich der Verteilung des Volkseinkommens wird in der Jahresprojektion angenommen, daß die Bruttolöhne und -gehälter je beschäftigten Arbeitnehmer um rd. 4½%, und damit etwas weniger als im Vorjahr, ansteigen werden. Hieraus folgt unter Berücksichtigung des überproportionalen Anstiegs der Sozialbeiträge der Arbeitgeber einerseits sowie der Beschäftigungsabnahme andererseits eine

Zunahme der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit um rd. 4%.

Daraus ergibt sich für die in der volkswirtschaftlichen Kreislaufrechnung als Rest ermittelten

Brutto-Unternehmens- und Vermögenseinkommen ein Anstieg um 7 bis 9%,

nachdem sie im Vorjahr um 1% zurückgegangen waren. Den übrigen Annahmen in der Jahresprojektion würde es entsprechen, wenn von den einzelnen Bestandteilen dieser sehr komplexen Einkommensgröße die Unternehmenserträge im engeren Sinne sich nach ihrem beträchtlichen Rückgang im Vorjahr deutlich erholen und die übrigen Bestandteile — u. a. Einkommen aus freiberuflicher Tätigkeit sowie Miet-, Pacht- und Kapitaleinkünfte, auch von Arbeitnehmern und Nichterwerbstätigen — schwächer zunehmen würden. Eine präzisere Aufteilung in Einzelbestandteile ist im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Projektion nicht möglich.

17. Für die Ausgaben der Gebietskörperschaften und bei den verschiedenen Bereichen der Sozialversicherung ist nach den derzeitigen Planungen unter Berücksichtigung der in Kraft getretenen Konsolidierungsmaßnahmen ein Anstieg um 3½ bis 4½% zu erwarten (in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung). Dieser Anstieg dürfte spürbar hinter der Entwicklung des nominalen Bruttosozialprodukts zurückbleiben. Dabei wird die Ausgabenausweitung bei Bund, Ländern und Gemeinden voraussichtlich schwächer als der Gesamtanstieg ausfallen, da sich hier die Einsparungsmaßnahmen in erster Linie bemerkbar machen werden. Für die Gesamteinnahmen kann dagegen mit einer Zunahme um 6½ bis 7½% gerechnet werden. Dabei dürften die Steuern im Einklang mit dem nominalen Bruttosozialprodukt um 5 bis 6%, die Sozialversicherungsbeiträge wegen der in Kraft getretenen Beitragssatzerhöhungen etwas stärker zunehmen. Aufgrund des im Vorjahr entstandenen sehr hohen Bundesbankgewinns werden die sonstigen Einnahmen deutlich überproportional ansteigen. Aus dieser stärkeren Zunahme der Einnahmen als der Ausgaben ergibt sich ein Finanzierungsdefizit für den gesamten staatlichen Sektor in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, das mit 52 bis 56 Mrd. DM spürbar unter dem des Vorjahres (69½ Mrd. DM) bleiben dürfte. Noch deutlicher dürfte der Defizitabbau bei den Gebietskörperschaften ausfallen, während im Sozialversicherungsbereich mit einer leichten Reduzierung der dort vorhandenen Überschußposition zu rechnen ist. Das der Jahresprojektion zugrundeliegende Gesamtdefizit des Staates würde rechnerisch 3 bis 3½% des Bruttosozialprodukts (nach 4½% im Vorjahr) entsprechen.

18. Diesem deutlich geringeren öffentlichen Defizit entspricht in der Finanzierungsrechnung nach den Annahmen in der Jahresprojektion ein niedrige-

res Finanzierungspotential in Gestalt eines nahezu gleich hohen Defizitabbaus in der Leistungsbilanz. Dagegen dürften sich die Vermögensbildung der privaten Haushalte und der Finanzierungsbedarf des Unternehmenssektors (einschl. Wohnungswirtschaft) nur vergleichsweise wenig verändern. Aufgrund der erwarteten geringeren Sparanreize im Zusammenhang mit der Zinsentwicklung wird in der Jahresprojektion angenommen, daß sich die Ersparnisbildung der privaten Haushalte in diesem Jahr unterproportional zum Anstieg des verfügbaren Einkommens entwickelt, so daß die Bereitstellung von Finanzierungsmitteln nur geringfügig höher als im Vorjahr ausfallen dürfte. Für den Unternehmenssektor wird zwar wieder mit einem Anstieg der Bruttoinvestitionen — in erster Linie zunächst in Form vermehrter Lagerbildung — gerechnet, gleichzeitig ergibt sich nach den Annahmen in der Jahresprojektion jedoch auch eine stärkere Zunahme der eigenen Mittel, so daß sich der Fremdfinanzierungsbedarf gegenüber dem Vorjahr ebenfalls nur wenig ändern dürfte.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den Jahren 1978 bis 1981 und Eckwerte der Jahresprojektion 1982

	1978	1979[3])	1980[3])	1981[4])	1982[5])
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Entstehung des Sozialprodukts					
Erwerbstätige	+ 0,8	+ 1,3	+ 0,9	− 0,9	− rd. 1
Arbeitslosenquote in % A[1])	*(4,4)*	*(3,8)*	*(3,8)*	*(5,5)*	*(rd. 7)*
B[2])	*(3,8)*	*(3,3)*	*(3,3)*	*(4,7)*	*(rd. 6)*
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	− 1,0	− 0,5	− 0,6	− 1,0	− 1/2
Bruttoinlandsprodukt					
in Preisen von 1970 (BIP)	+ 3,2	+ 4,5	+ 1,9	− 0,0	+ 1 bis + 1 1/2
BIP je Erwerbstätigen	+ 2,5	+ 3,1	+ 1,0	+ 0,9	+ 2 bis + 3
BIP je Erwerbstätigenstunde	+ 3,5	+ 3,6	+ 1,7	+ 1,9	+ 2 1/2 bis + 3 1/2
Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen					
Privater Verbrauch	+ 6,6	+ 7,3	+ 7,2	+ 4,9	+ 4 1/2 bis + 5 1/2
Staatsverbrauch	+ 7,4	+ 8,3	+ 9,0	+ 6,9	+ 4 bis + 5
Anlageinvestitionen	+ 9,7	+ 15,2	+ 11,6	+ 1,2	− 1 bis 0
darunter: Öffentliche Investitionen	+ 11,1	+ 15,9	+ 14,2	− 3,1	− 4 1/2 bis − 5 1/2
Vorratsveränderung, Mrd. DM	(+ 9,4)	(+ 25,6)	(+ 18,9)	(− 1,8)	(+ 6 bis + 10)
Inlandsnachfrage	+ 7,0	+ 10,5	+ 7,9	+ 3,0	+ 4 bis + 5
Außenbeitrag					
Mrd. DM	(+ 37,3)	(+ 13,3)	(− 3,1)	(+ 9,0)	(+ 25 bis + 30)
Anteil am Bruttosozialprodukt in %	*(2,9)*	*(0,9)*	*(− 0,2)*	*(0,6)*	*(1 1/2)*
Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen	+ 7,5	+ 8,3	+ 6,7	+ 3,8	+ rd. 5 1/2
Preisentwicklung					
Privater Verbrauch	+ 2,6	+ 3,9	+ 5,4	+ 6,0	+ rd. 5
Inlandsnachfrage	+ 3,1	+ 4,5	+ 6,1	+ 5,6	+ rd. 4
Bruttosozialprodukt	+ 3,8	+ 3,7	+ 4,8	+ 4,1	+ rd. 4
Verteilung des Sozialprodukts					
Volkseinkommen	+ 7,4	+ 7,8	+ 6,0	+ 3,1	+ rd. 5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen (brutto)	+ 9,1	+ 8,3	+ 1,4	− 1,1	+ 7 bis + 9
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (Summe)	+ 6,7	+ 7,7	+ 7,9	+ 4,7	+ rd. 4
Nachrichtlich:					
Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer	+ 5,2	+ 5,5	+ 6,5	+ 5,1	+ rd. 4 1/2
Sparquote	(12,5)	(13,2)	(13,3)	(14,0)	(13 1/2)

[1]) Bezogen auf die unselbständigen Erwerbspersonen
[2]) Bezogen auf alle Erwerbspersonen
[3]) Vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes
[4]) Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1982
[5]) Jahresprojektion

Einnahmen und Ausgaben des Staatssektors

(in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung)

	1978	1979[1])	1980[1])	1981[2])	1982[3])
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Einnahmen					
Steuern	+ 5,6	+ 7,2	+ 6,3	+ 1,5	+ 5 bis + 6
Sozialbeiträge[4])	+ 7,0	+ 7,5	+ 8,0	+ 7,3	+ 5½ bis + 6½
Sonstige Einnahmen	+ 12,4	+ 7,7	+ 6,4	+ 10,2	+ 20 bis + 21
Einnahmen insgesamt	+ 6,5	+ 7,4	+ 6,9	+ 4,2	+ 6½ bis + 7½
Ausgaben					
Staatsverbrauch	+ 7,4	+ 8,3	+ 9,0	+ 6,9	+ 4 bis + 5
Einkommens- und Vermögensübertragungen[5])	+ 6,4	+ 6,7	+ 6,2	+ 7,7	+ 5 bis + 6
Investitionen	+ 10,7	+ 15,4	+ 15,1	− 3,6	− 4½ bis − 5½
Ausgaben insgesamt	+ 7,1	+ 8,0	+ 8,1	+ 6,5	+ 3½ bis + 4½
Finanzierungssaldo in Mrd. DM	− 34,5	− 41,0	− 51,4	− 69,7	− 52 bis − 56

[1]) Vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes
[2]) Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1982
[3]) Jahresprojektion
[4]) Einschließlich Beiträge an einen unterstellten Pensionsfonds
[5]) Einschließlich Zinsen

Außenwirtschaftliche Beziehungen in den Jahren 1978 bis 1981 und Eckwerte der Jahresprojektion für 1982

(in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung)

	1978	1979[1])	1980[1])	1981[2])	1982[3])
	Mrd. DM				
In jeweiligen Preisen					
Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen	348,07	382,99	430,61	492,08	546
Einfuhr von Waren und Dienstleistungen	310,82	369,72	433,71	483,08	519
Außenbeitrag	+ 37,25	+ 13,27	− 3,10	+ 9,00	+ 27
Anteil am BSP in %	(2,9)	(0,9)	(− 0,2)	(0,6)	(1½)
Saldo der Übertragungen	− 19,83	− 23,79	− 27,02	− 29,65	− 32
Bilanz der laufenden Rechnung	+ 17,42	− 10,52	− 30,12	− 20,65	− 5
Anteil am BSP in %	(1,3)	(− 0,8)	(− 2,0)	(− 1,3)	(0 bis − ½)
Real (in Preisen von 1970)					
Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen	244,42	258,48	273,70	296,92	317
Einfuhr von Waren und Dienstleistungen	218,72	242,74	256,80	261,32	270
Außenbeitrag	+ 25,70	+ 15,74	+ 16,90	+ 35,60	+ 47
Anteil am BSP in %	(3,0)	(1,8)	(1,9)	(4,0)	(5)
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
In jeweiligen Preisen					
Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen	+ 5,3	+ 10,0	+ 12,4	+ 14,3	+ 10½ bis + 11½
Einfuhr von Waren und Dienstleistungen	+ 3,2	+ 18,9	+ 17,3	+ 11,4	+ 7 bis + 8
Real (in Preisen von 1970)					
Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen	+ 4,1	+ 5,8	+ 5,9	+ 8,5	+ 6 bis + 7
Einfuhr von Waren und Dienstleistungen	+ 5,2	+ 11,0	+ 5,8	+ 1,8	+ 3 bis + 4

[1]) Vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes
[2]) Erstes vorläufiges Ergebnis des Statistischen Bundesamtes; Stand: Januar 1982
[3]) Gerundete Mittelwerte bzw. Eckwerte der Jahresprojektion

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0172-6838